

Bericht
über den
Fünften Vereinstag
der
Deutschen Arbeitervereine
am 5., 6. und 7. September 1868
zu
Nürnberg.

Herausgegeben vom Vorort Leipzig.

Zweite Auflage.

Preis für Vereine 1½ Ngr. = 5 Kr., im Einzelverkauf und bei
Buchhändlern 3 Ngr. = 10 Kr.

Leipzig.

Druck von C. W. Bollrath.

Vorversammlung.

Schon zur Vorversammlung, welche am Sonnabend Abends 7 Uhr in dem Saale des Arbeitervereins stattfand, waren die Vertreter von 89 dem Verbands angehörenden Vereinen erschienen. Es waren ferner vertreten das sozial-demokratische Agitationscomité für Oesterreich durch Sartung und Oberwinder aus Wien, die deutschen Arbeiterbildungsvereine der Schweiz durch Duid (Genf), Greulich (Zürich), der Generatrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation durch Eccarius (London), die deutsche Abtheilung der Internationalen Arbeiter-Assoziation durch Dr. Heger (Bamberg), Dr. Landendorf (Zürich), letzterer zugleich Vertreter des deutsch-republikanischen Vereins in Zürich, der Ausschuss der deutschen Volkspartei durch Brückmann und Riethammer (Stuttgart), der Bäcker-Gesellenverein zu Wien durch Kabel und Mehling, die französische Abtheilung der Internationalen Arbeiter-Assoziation durch Büttler (Genf).

Bebel, als Präsident des Vororts des Verbandes, übernahm den Vorsitz, die Anwesenden, besonders die Gäste aus der weiten Ferne bewillkommend, und in wenigen einleitenden Worten darauf hinweisend, wie der vielseitige Besuch dieses Vereinstags ein bedeutungsvolles Zeichen für die Wichtigkeit sei, welche man ihm belege. Die Mandatsträger lernten sich durch Einzelauftritt ihrer Namen und der Vereine, die sie vertraten, persönlich kennen. In die Prüfungskommission für die Geschäftsführung des Vororts wurden Wittum (Pforzheim), Dr. Pfeiffer (Stuttgart), Stolle (Crimmitschau) gewählt. Zur ersten Diskussion führte alsbald der Abstimmungsmodus; es war fraglich, ob den Deutsch-Oesterreichern, welche nicht Mitglieder des Verbandes werden können, und den andern aus der Ferne hergereisten Theilnehmern, welche es nicht sind, Stimmrecht zuerkannt werden solle. Auf Grund des §. 3 des Vereinsstatutes und seither gepflogener Uebung wurde nach längerer Diskussion beschlossen, daß denselben nur beratende, keine beschlussfassende Stimme zukomme. Den Wiener Vertretern aber wurde das Stimmrecht gestattet, sobald sie den Anschluß ihrer Vereine an den Verband erklärten, da das Statut nur die nichtdeutschen Vereine ausschließt. Es folgt die Wahl einer Revisionskommission. Die hierauf in einem Einzelwahlgang vorgenommene Präsidentenwahl für die Verhandlungen ergab das Resultat, daß von 94 abgegebenen Stimmen auf Bebel 69 und auf Rögnier (Nürnberg) 21 fielen; 4 Stimmen zersplitterten sich. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Löwenstein (Fürth) mit 62, zum zweiten Bürger (Göppingen) mit 59 Stimmen gewählt; Rögnier (Nürnberg) erhielt 31, Hochberger (Stuttgart) 27 Stimmen.

Eine sehr lebhafte Debatte rief, wie vorauszusehen war, die Festsetzung der Tagesordnung hervor, auf welche nach dem Vorschlag des Vororts sogleich nach der Erstattung des Geschäftsberichts die Programmfrage gestellt war. Es wurden diesfalls Anträge eingereicht, dieselbe erst unter Nr. 9. zu setzen, sie ganz von der Tagesordnung zu

entfernen, die Tagesordnung en bloc anzunehmen, einen vermittelnden Weg einzuschlagen u. dgl. m. Dagegen sprach zunächst sehr entschieden Partung (Wien), der darauf verwies, daß gerade die Programmfrage es sei, welche dem diesmaligen Arbeitertage seine Bedeutung gebe; er sei nicht Vertreter eines einzelnen Vereins, sondern Delegierter des österreichischen Central-Comités der sozialdemokratischen Partei. Es würde in Wien Mitleid und Staunen erregen, wenn man Altersversorgung u. dgl. Palliative auf die Tagesordnung setzte, aber nichts von der Programmfrage wissen wollte, durch welche diejenigen Elemente ausgeschieden werden würden, welche die Arbeiter unter dem Scheine, etwas für sie thun zu wollen, irre führten. — Stolle (Grünigshau) ist ebenfalls der Ansicht, daß die zahlreiche Vertretung ihren Grund in der Erkenntnis von der Wichtigkeit der Programmfrage habe. Für das Alter wolle man sorgen, aber nicht für die Jugend, deren Wohl wesentlich durch die Politik, wie z. B. die Wehrfrage und andere Fragen bedingt würde. — Simater (Stuttgart) will Spaltungen unter den Arbeitern vermeiden und ist deshalb für Streichung der Programmfrage. — Stuttmann (Nüßelsheim) will Entscheidung zwischen Radikalismus und Palliativmitteln; die Art müßte an die Wurzel gelegt und der Beweis geliefert werden, daß man sich selbst helfen wolle, nicht aber unthätig jenen Herren die Fürsorge für die Arbeiter überlasse, die ihnen zuriefen: Bekümmert euch nicht um Politik; wir thuns für euch! und die sozialen Forderungen mit dem Bemerkten abwiesen: Nur stille, nur stille, wir werden es schon machen! — Hochberger (Esslingen). Wollte man das Programm nicht ganz von der Tagesordnung streichen, wie er beantragt habe, so müsse er zwar die unausbleibliche Spaltung bedauern, aber die Sache müsse zum Austrag kommen, je eher, je besser. Die Klarheit sei gut. Man solle offen mit ehrlichen Waffen kämpfen; für das Wohl der Arbeiter stehen ja Alle nach ihrer guten Ueberzeugung, wenn auch der Kampf um Programme die Arbeiter nicht aus ihrem materiellen Glend zu befreien vermag. — Krause (Nüßeln) stellt hiernach den Antrag auf en bloc-Aknahme der Tagesordnung. — Quia (Zentralpräsident der Arbeiterbildungsvereine der Schweiz): Wenn eine Verständigung über das Programm nicht möglich, dann muß eben die Trennung erfolgen, es geht nicht anders, denn vorher sind die Arbeiterbildungsvereine nicht im Stande, etwas Entschiedenes zu leisten. Ein anderes Programm als ein rein sozialdemokratisches können die Arbeiter nicht annehmen, sofern sie sich selber helfen und nicht von Andern sich nachführen lassen wollen, Gott weiß wohin. — Radendorf (Zürich): Wie wollen die Arbeiterbildungsvereine ihren Zweck, Bildung, erreichen, wenn sie nicht das höchste und entschiedenste Bildungsmoment, die Lösung der politischen und sozialen Fragen, die Fragen der Existenz, des Lebens, zu allererst in Angriff nehmen? Kümmern Sie sich um Das, was zu allernächst um Sie her vorgeht, was Sie so nahe berührt; fassen Sie festen Boden für Ihre Haltung und erschweren Sie sich durch Programmlosigkeit und Unsicherheit nicht Ihre eigene Arbeit; ohne entschiedenes klares Programm werden Sie nie zu Ihrem Ziel kommen. — Sonnemann (Frankfurt) beantragte die Niederlegung einer Commission zur Ausarbeitung eines Programms, welches den verschiedenen Ansichten soweit gerecht werden könnte, daß die Trennung vielleicht zu vermeiden wäre. Der Antrag fand geringe Unterstützung. Keine Compromisse! rief man von allen Seiten, und nachdem einige

Redner, namentlich Bütter (Genf) sich in längerer Auseinandersetzung sehr entschieden gegen Sonnemann's Vorschlag erklärt, entschied sich die große Mehrheit für en bloc-Aknahme der Tagesordnung.

1. Hauptversammlung.

Am Sonntag Morgen gegen 11 Uhr begann in dem Saale des Rathhauses die erste Sitzung bei Anwesenheit einer großen Zuhörermenge. Der Vorsitzende, Bebel, brachte zuerst einige eingelaufene telegraphische Depeschen und Zuschriften zur Kenntniß der Versammlung, worauf die Erstattung des Geschäftsberichts des Vorortes folgte. Nach demselben beträgt die Zahl der Vereine, die zum Verbands gehören, zwischen 120—150 mit über 13,000 Mitgliedern. Der Vorsitzende giebt einen gedrängten Bericht der Thätigkeit des Vorortes, und hebt namentlich hervor, daß die seit dem Geraer Vereinstag eingeführte Organisation der Verwaltung sich gut bewährt habe. Zu bedauern sei die Unthätigkeit, die eine große Anzahl Vereine ungeachtet aller Anregung an den Tag gelegt haben. Hauptaufgabe des Vorortes sei die Schaffung eines Organs für den Verband gewesen, wie es in der deutschen „Arbeiterhalle“ jetzt vorliege. Die schwache Unterstützung indes, die viele Vereine dem Verbandsorgan angedeihen ließen, habe eine erhebliche Unterstützung aus der Verbandsklasse nothwendig gemacht. Er empfehle dringend den Vereinen für zahlreiches Abonnement Sorge zu tragen, denn das Organ sei eine Hauptstütze des Verbands. Die aufgenommene Statistik sei sehr unvollständig ausgefallen, weil die meisten Vereine trotz mehrmaliger Aufforderung keine Fragebogen eingekandt, er hoffe, daß ein nächstes Mal diese wichtige Angelegenheit besser berücksichtigt werde.

Hierauf erhält Krebs (Berlin) das Wort als Berichterstatter der Commission zur Prüfung der Mandate. Einige geringfügige Bedenken werden ohne Debatte beseitigt, und ergiebt es sich, daß 98 Mandate mit 106 Vertretern vorhanden sind.

Einer Debatte, die sich vor Eintritt in die Programmfrage entspinnt, wird dadurch ein Ziel gesetzt, daß man beschließt, Vertretern, welche mehrere Vereine vertreten, nur 1 Stimme zu gewähren.

Es erhält hierauf zur Programmfrage als Referent das Wort: Schweichel (Leipzig). Meine Herren! Fasse ich die Gründe für und Wider zusammen, welche in der gestrigen Vorversammlung laut geworden sind, ob ein Programm überhaupt von dem gegenwärtigen Tag aufgestellt werden soll oder nicht? so drängt sich die Nothwendigkeit einer Klärung der Geister, von welcher der Vorort ausging, indem er die Programmfrage auf die Tagesordnung setzte, nur noch entschledener auf. Klarheit in Dem, was wir wollen und sollen, ist es vor allem, was der Arbeiterklasse noth thut, und daß dieses Bedürfnis lebendig empfunden wird, davon zeugt die außerordentlich zahlreiche Versammlung in diesem Saale. Kein Vereinstag der deutschen Arbeitervereine ist von einer so großen Anzahl von Abgeordneten besucht worden, wie der gegenwärtige. Es muß endlich eine Fahne aufgepflanzt werden in dem Klassenkampfe der Gegenwart, um die sich die ganze Arbeiterpartei schaaren kann, und erst, wenn man sich klar ist über das Ziel, dann kann man die ganze Kraft auf die Mittel wen-

den, dieses Ziel zu erreichen. Durchdringen Sie sich mit den Ideen, welche das Programm des Vororts enthält, und der Sieg gehört Ihnen, meine Herren. Den Ideen widersteht man nicht auf die Dauer; und nur füzlich ist in dieser selben Stadt Nürnberg von dem Vorsitzenden des Fürther Arbeitervereins es betont worden, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Unabhängigkeit dem Umstande verdanken, daß die Idee der Freiheit in jeder Brust unausrottbar Wurzeln geschlagen hatte.

Der Vorort schlägt Ihnen, m. G., das Programm der Internationalen Arbeiterassociation vor, weil es die Forderungen der Arbeiter mit Schärfe und Klarheit hinstellt, und weil es einer Standarte bedarf für die gesammte Arbeiterklasse der ganzen civilisirten Welt. Die letzte polnische Insurrektion gab Veranlassung zu einer Versammlung, welche am 28. September 1864 in London statthatte; Arbeiter aus allen Ländern hatten sich dazu eingefunden: Engländer, Deutsche, Franzosen, Polen, Italiener. Es galt, Lord Palmerston zu bewegen, sich des unglücklichen Polens anzunehmen. Es konnte nicht fehlen, daß in dieser Versammlung von Arbeitern auch die besonderen Angelegenheiten der arbeitenden Klasse zur Sprache kamen und es stellte sich heraus, daß die Leiden der Arbeiter in allen Ländern dieselben seien. Gemeinsames Leid führte zu gemeinsamen Forderungen, und aus dieser Uebereinstimmung in der socialen Frage ward die Internationale Arbeiterassociation geboren, deren Programm auf der Versammlung zu Genf im Jahre 1866 endgültige Billigung und Bestätigung erfuhr. Schließen also auch Sie, m. G., den Bestrebungen dieser Association sich an, denn Ihre Leiden sind dieselben, folglich muß auch Ihr Ziel dasselbe sein. Die sociale Frage ist eine Weltfrage, und ihre Lösung kann nur gelingen der vereinigten Anstrengung der Arbeiterklasse aller Länder ohne Unterschied der Farbe, welche die Grenzpfähle tragen.

Um der Gerechtigkeit willen wollen wir gern zugestehen, m. G., daß unsere Gegner nicht schlecht sind, weil sie sich der Lösung der socialen Frage entgegenstellen. Schlechte, von Haß erfüllte Menschen giebt es ebensowohl unter den Arbeitern, wie unter den Bourgeois und den Conservativen. Wir haben es in dem großen Kampfe der Gegenwart nicht mit einzelnen Personen zu thun. Demselben Zwange des socialen Gesetzes, unter welchem der Arbeiter seufzt, müssen auch seine Gegner gehorchen, und das Interesse ist es, welches das Urtheil unserer Gegner sät, welches die Kapitalpartei irre leitet. Aber trifft nicht derselbe Vorwurf auch die Arbeiterklasse? Wird nicht auch ihr Urtheil durch das Interesse und die Leidenschaft des entbrannten Kampfes getrübt? Gewiß, m. G.; aber es giebt ein Kriterium, einen Maßstab, welcher unverrückbar über die entseelten Leidenschaften hinausragt, und dieser Maßstab, an welchem die Fehltritte corrigirt werden, ist die Wissenschaft. An diesen Maßstab gehalten, sind die Forderungen der Internationalen Arbeiterassociation keine Fehltritte. Die geschichtliche Erfahrung wie die Volkswirtschaft, welche durch Karl Marx hoch über die ökonomische Wissenschaft der Kapitalpartei hinausegehoben worden ist, sie stehen auf unserer Seite. Die Wissenschaft ist es, m. G., welche alle Einwendungen der Bourgeoisie gegen die Forderungen der Arbeiterklasse in ihr Nichts zurückweist.

Es ist eine hohle Phrase, eine leere Redensart, wenn die Bour-

geoisie der Arbeiterpartei „die Heiligkeit der individuellen Freiheit“ entgegenhält. Wohl ist die individuelle Freiheit heilig, aber wo ist sie? Freiheit setzt gleiches Recht voraus; doch vergebens suchen wir im Staate nach der Gleichstellung der Arbeiter gegenüber den beiden herrschenden Klassen. Das größere Maß der Rechte, das größere Maß der Freiheit gehört der Bourgeoisie und Aristokratie, und diese Ungleichheit stempelt die individuelle Freiheit, welche die herrschenden Klassen im Munde führen, zur Willkür. Diese individuelle Freiheit der Bourgeoisie heißt: Unantastbarkeit der Kapitalherrschaft! Und eben so wichtig ist die Warnung dieser Partei, nicht zu rütteln an den bestehenden socialen Verhältnissen; denn die Folge davon würde unausbleiblich eine Verschlimmerung der Lage der Arbeiter selbst sein. Nun, m. G., ich wüßte nicht, was sich in deren Lage noch verschlimmern könnte. Mehr als hungern kann der Arbeiter nicht und das thut er schon. Sie kennen ja das unerbittliche Lohngesetz; gleich der Nadel des Compasses weßt es mit einer kleinen Schwanzung nach der einen oder andern Seite stets auf den Nordpol des Hungers.

Aber vielleicht beruht die Klage der Bourgeoisie, daß die Beschränkung der Kapitalherrschaft den Untergang der Industrie nach sich ziehen, den Nationalreichtum zerstören müßte, auf einem bessern Grunde? Nun, m. G., in England ist nach langen Kämpfen die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden gesetzlich herabgemindert worden und die Industrie ist nicht zu Grunde gegangen, ebensowenig, wie es ihr den Untergang bereiten wird, wenn auch bei uns in Europa die jüngste Ergründung der nordamerikanischen Arbeiter eine Thatfache und wie dort, so auch bei uns die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt sein wird. Gestatten Sie mir, das Schreckgespenst, welches die Bourgeoisie vor den Augen der Arbeiter vorüberstreifen läßt, vollends zu enthüllen!

Ein gemäßigtes Organ der englischen Bourgeoisie weißte im Jahre 1850, daß die Armuth in England auf den Nullpunkt sinken würde, wenn Aus- und Einfuhr dieses Landes um 50% stiegen. Am 7. April 1864 konnte der Staatskanzler Gladstone das Parlament durch den Nachweis entzücken, daß der Gesamtwert der englischen Ein- und Ausfuhr im Jahre 1863 auf 443,955,000 Pfd. Sterl. angewachsen sei. Diese Summe ist ungefähr der dreifache Betrag gegen den von 1843. Aber zugleich mußte Gladstone zugestehen, daß die Arbeitslöhne inzwischen um keinen Pfennig sich vermehrt hätten. Sehen wir genauer zu, welches die Lage des englischen Arbeiters war zur Zeit dieses ungeheuren Nationalreichtums, welcher Herrn Gladstone förmlich herauschte! Das Parlament hatte, wie dies öfters geschieht, den Zustand der öffentlichen Gesundheit im Jahre 1863 untersuchen lassen. Der von Dr. Smith abgestattete Bericht, welcher auf Befehl des Parlaments im Jahre 1864 veröffentlicht wurde, constatirt zunächst das geringste Maß von Stickstoff und Kohlenstoff, welches unerlässlich in den Nahrungsmitteln vorhanden sein müsse, um einen Erwachsenen vor den Hungerkrankheiten zu bewahren*). Diese Quantität von Kohlen- und Stickstoff stimmte mit der dürftigen Nahrung überein, auf welche die äußerste Noth die armen Baumwollweber that-

*) 1330 Gran Stickstoff und 28,000 Gran Kohlenstoff.

fächlich angewiesen hatte. Die Seidenweber, Näherinnen, Handschuhmacher, Strumpfwirfer und andere Arbeiter erhielten nicht einmal die Nothstandsration der Baumwollarbeiter, die gerade hinreicht zur Abwehr der Hungerkrankheiten. Noch schlimmer stand es auf dem Lande. Von den Familien der ländlichen Arbeiter nahmen mehr als $\frac{1}{3}$ weniger zu sich, als das nothdürftigste Quantum kohlenstoffhaltiger Nahrung, mehr als $\frac{1}{2}$ weniger als das nothdürftigste Quantum stickstoffhaltiger Nahrung, und in 3 Landschaften war Unzulänglichkeit stickstoffhaltiger Speisen die Durchschnittsnot ganze Ortschaften. „Es müsse darauf hingewiesen werden, fügt der offizielle Bericht hinzu, daß Entbehrung der nothwendigsten Nahrung nur mit großem Widerstreben ertragen wird und daß in der Regel große Nothdurft der Nahrung erst dann sich einstellt, wenn andere Entbehrungen vorangegangen sind.“ Nach diesem offiziellen Berichte werden Sie es vollkommen wahr finden, wenn Sr. Gladstone in seinem Entzücken ausruft: „Diese verabschiedete Vermehrung von Reichthum und Macht ist ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt.“

Meine Herren, ich habe dieses Beispiel England entlehnt, weil dort die industriellen Verhältnisse am entwickeltesten sind und ein vollkommeneres statistisches Material uns zu Gebote steht als in Frankreich oder gar in Deutschland. Uebrigens, das wissen Sie, steht es in allen civilisirten Ländern in Frankreich, Belgien, Deutschland: auf der einen Seite der Nationalreichthum, der sich in dem Besitz Weniger befindet, auf der andern Seite die entbehrende Arbeiterklasse.

Aber wie ist ein solches Verhältniß möglich, m. H.? Wissen wir nicht, daß die Arbeit die einzige Quelle alles Reichthums ist, wie sie zugleich das Maß aller Werthe ist; und dennoch darbt die Arbeiterklasse, während die Bourgeoisie den großen Reichthum unter sich vertheilt? Wenn der Werth jedes Produkts der Arbeit durch die darauf verwendete Arbeitszeit bestimmt wird, gleiche Arbeitszeit also gleiche Werthe erzeugt und es doch eine Thatsache ist, daß im Handel und Verkehr nur gleiche Werthe gegen einander ausgetauscht werden, woher kommt dann der Gewinn des Arbeitgebers, jener Gewinn, aus dem sich der Reichthum aufhäuft? Bis auf unsere Tage hat die Wissenschaft der Ursache vergebens nachgespürt; heute ist sie gefunden. Sie Alle, m. H., kennen das Gesetz, welches den Werth der Arbeitskraft oder den Lohn des Arbeiters auf jenes Minimum bestimmt, welches unerlässlich ist zu seiner Unterhaltung, Wohnung und Fortpflanzung. Für diesen Lohn verkauft der Arbeiter seine Wochenarbeit. Nehmen wir an, daß der Arbeiter täglich 5 oder 6 Stunden arbeiten muß, um einen Werth zu schaffen, der seinem Lohne gleichkommt. Aber arbeitet er nur diese Zeit? Keineswegs; er fährt fort zu arbeiten und verrichtet mithin neben der nothwendigen Arbeit, durch welche er seinen Lohn producirt, eine Mehrarbeit, die nicht bezahlt wird. Diese Mehrarbeit ist die Quelle allen Gewinns, allen Reichthums. Eine Woche kann nicht über 7 Tage ausgedehnt werden; aber jeder Tag gestattet eine Ausdehnung der Arbeitsstunden. Ist nun in der Woche, welche der Arbeitgeber kauft, der Arbeitstag zu 8 oder zu 13 Stunden gerechnet? Daß die Mehrarbeit, die nicht bezahlte Arbeitszeit die Quelle des Reichthums ist, ersieht Sie am besten aus dem Beispiele der ländlichen Frohnarbeiten des Mittelalters. Der Bauer mußte eine bestimmte Zahl von Wochentagen für seinen Feudalherrn arbeiten;

die übrigen Tage gehörten ihm. Nun wohl, durch jene Arbeit, die ihm nicht bezahlt wurde, blühte und gedieh das Gut seines Herrn, während er selbst Zeit seines Lebens ein armer Teufel blieb. Es ist das Verdienst von Karl Marx, den Gewinn und mithin den Nationalreichthum als das Produkt unbezahlten Arbeitslohnes nachgewiesen zu haben. Die ökonomische Wissenschaft der Bourgeoisie ist vor seiner Beweisführung ohnmächtig verstummt.

Wenn aber der Arbeiter mehr Arbeit leistet, als er bezahlt erhält, wer wagt es, ihm die Gerechtigkeit seiner Forderung zu bestreiten, daß er seinen Antheil an dem Arbeitsprodukte erhalte? Nicht um eine Verkürzung des Nationalreichthums handelt es sich, sondern um eine gerechte Vertheilung des Arbeitsertrages. Das ist das sociale Problem, welches zu lösen ist, oder mit andern Worten: an die Stelle der Armuth, Ohnmacht und Unwissenheit, welche das Loos der Arbeiterklasse sind, sollen Wohlstand, Bildung und Freiheit treten.

Das Programm der Internationalen Arbeiterassociation giebt die Mittel an, welche zu diesem Ziele führen, zunächst Herabsetzung der Arbeitszeit und Genossenschaften oder Cooperation. Wie vortrefflich die Strikes oder Arbeitseinstellungen sein mögen, um die Arbeitszeit herunterzusetzen, so bedarf es wohl dafür keines Beweises, daß sie zu ihrem Gelingen, abgesehen von den unentbehrlichen Geldmitteln zur Unterhaltung der Forderungen, die unbeschränkte Coalitionsfreiheit erfordern. Aber diese Freiheit ist in Deutschland nicht vorhanden; sie muß also erst erobert werden. Ferner wird die Cooperation, wie vortrefflich im Prinzip, wie nützlich in der Praxis, niemals im Stande sein, die Massen zu befreien und die Wucht ihres Glendes merklich zu erleichtern, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Verjuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt. Die Lage der Arbeiterklasse durchgreifend zu verbessern, das vermag die Cooperation nur zu leisten, wenn sie in großem Maßstabe durchgeführt wird, wenn sie nationale Dimensionen annimmt. Die bis jetzt thätige Selbsthilfe muß zu diesem Zweck zur Staatshilfe werden. Aber, m. H., unter Staatshilfe sind nicht jene Almosen zu verstehen, durch welche Graf Blücher und seine feudalen Socialisten die Arbeiter an sich zu locken suchen. Nur der freie Staat, nur der demokratische Staat vermag zu helfen, denn sein Zweck ist die freie Arbeit gleichberechtigter Staatsbürger. Eben diese Conservativen sind es ja, welche im Verbanne mit der Kapitalpartei Front gegen die Arbeiterklasse machen. Sie haben die Macht, und diese Macht muß ihnen entzogen werden, wenn die Fesseln fallen sollen, welche die Bestrebungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach Aufhebung des Kapitalmonopols, nach Ausbreitung der Cooperation einschnüren. Der Arbeiter muß eine Stimme dort haben, wo bis jetzt über ihn wie über eine Sache entschieden wird, deren Nutzen für die herrschenden Parteien allein in Frage kommt. Er muß politische Macht sich erringen.

Aber es ist nicht allein die Ausbeutung seiner Arbeitskraft durch das Kapital, welche den Arbeiter zu Boden drückt. Auch der schwerste Theil der Steuern an Geld und Blut lastet auf ihm. Die für ihn unentbehrlichsten Lebensmittel sind es, von welchen der Staat die größten Steuern erhebt und, nicht genug damit, reißt er ihn plötzlich von der Arbeit hinweg und zwingt ihn nicht nur die schönsten Jahre seiner Jugend unproduktiv in der Uniform zu verlieren, sondern auch

für Zwecke, die nicht die seinigen sind und nie sein werden, seine gesunden Glieder und sein Leben einzusetzen. Gibt es ein anderes Mittel für den Arbeiter, diese Uebelstände zu beseitigen, als daß er nach politischer Macht trachtet, daß er der Bourgeoisie und der Feudalpartei das Recht entreißt, ausschließlich Politik zu machen? Der Arbeiter muß gleichberechtigt neben ihnen stehen; er muß die Macht haben, dem Ehrgeizigen und Herrschsüchtigen, der ihn im 19. Jahrhundert in Krieg und Tod schicken will, um etwa dem Nachbar einen Kragen Landes zu entreißen, oder um sich den verholzten Vorbeere des Kriegsruhms um die Stirn zu flechten, entschieden zu widerstehen. Dann wird zugleich die Fessel gelöst, mit welcher die Kriegsfurcht die Welt lähmt und die fruchttragende Thätigkeit stört, da der Zustand von heute keine Garantie bietet, was morgen sein werde. Frieden ist es, was die Arbeit braucht und der Ehrgeiz der Dynastien ist es, der ihn, gestützt auf die stehenden Heere, fortwährend bedroht. Darum fort mit den stehenden Heeren, auf daß die Arbeit zu ihrem vollen Rechte gelange! Wer den Arbeitern sagt, daß sie sich nicht an der Politik zu beteiligen brauchen, um alle diese Uebelstände zu beseitigen, der ist ein Verführer, welcher sie mißbrauchen will zu Zwecken, die gegen ihre eigenen Interessen gerichtet sind. Er will sie mißbrauchen im Interesse entweder der Bourgeoisie oder der Conservativen. Oder glauben Sie, m. H., daß der parlamentarisch aufgepußte Absolutismus der Gegenwart und volle Gleichberechtigung, allgemeines Wahlrecht, freies Versammlungs- und Coalitionsrecht gewähren und an die Stelle der stehenden Heere, welche unseren Schweiß nutzlos verzehren, die Volkshemaffung setzen werde, wenn wir die Hände in den Schooß legen? Werfen Sie einen Blick auf den Nordbund, einen Blick auf die Schweiz, und dann verschließen Sie sich noch länger der Ueberzeugung, daß nur der demokratische Staat den Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden vermag! Der demokratische Staat ist es daher, welchen wir erstreben müssen!

Die Gelegenheit ist für die Arbeiterklasse so günstig, wie nie, um politische Macht zu erlangen. Bourgeoisie und Demokratie, Nationalliberale und Conservative bekämpfen einander um die Alleinherrschaft im Staate, und da keine der beiden Parteien stark genug ist, um den Sieg an sich zu reißen, so buhlen beide um die Arbeiter. O, was verspricht man ihnen nicht alles, wie schmeichelt man ihnen nicht! Aber nur wenn die Arbeiter eine festgeschlossene, ihres Ziels bewußte Partei bilden, können sie mit dem Gegner unterhandeln, ohne Furcht hinterher betrogen zu werden; nur so ihn schließlich zwingen, daß er die eingegangenen Verpflichtungen erfülle. Bei der jetzigen Zerissenheit und Unklarheit unter den Arbeitern wird man nach dem Siege alle Zugeständnisse zurücknehmen, den Arbeiter mit Hohn hinwegweisen oder im besten Falle zwischen die Ketten und seine wundgedrückten Glieder die Watte der Almosen schieben, der Suppenanstalten, Hospitäler, Armenhäuser, Krankenkassen und Debattirvereine. Ein Erfolg ist nur von der Einigkeit zu hoffen, wenn der deutsche Arbeiter mit den Arbeitern aller Länder, mit denen er die Leiden gemeinsam hat, fest zusammensteht. Darum, m. H., nehmen Sie die Resolutionen des Bororis an, die Ihnen den Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation empfehlen. Die Internationale Assoziation ist eine Macht, eine geschlossene Phalanx, die in Europa allein

bereits 60,000 Mitglieder zählt. Daß sie eine Macht ist, beweist der jüngst in Genf glücklich durchgeführte Strike der Bauhandwerker, das beweist die Freispredung der Arbeiter in dem Kohlenbecken Belgiens, welche ohne die Anwälte, die ihnen die Association stellte, jetzt unfehlbar in den Gefängnissen schmachteten, weil sie es gewagt hatten, Front gegen die Soldaten zu machen, die von den Arbeitgebern auf sie gehetzt wurden, um sie zur Annahme des gebotenen Hungerlohns zu zwingen. Nur wenn die Arbeiter aller Länder innig zusammenstehen, ist die Lösung der sozialen Frage möglich, ist es möglich, daß auch sie gelangen zu Wohlstand, Bildung und Freiheit. Darum lassen Sie mich mit den Worten unseres Schiller schließen, die auf dem Hütti an der Wiege der Schweizer Freiheit erkönt, mit jenem Zurufe, dessen Verherzigung auch für Sie die Geburtsstunde der Befreiung bezeichnen wird: Seid einig, einig, einig!

Venedey bringt folgenden Antrag ein:

„1) In Erwägung, daß das Programm des internationalen Arbeitervereins in seiner vorliegenden Fassung nicht einfach, klar, allgemein faßlich ist, weder klare, feste Ziele, noch haltbare Mittel zum Ziele bietet, weist die Versammlung das vorliegende Programm des internationalen Arbeitervereins zurück. — 2) In Erwägung, daß das von Bebel aufgestellte Programm, im Wesentlichen auf dem vorliegenden Programm des internationalen Arbeitervereins fußend, den Anschluß an denselben beabsichtigt, fällt dies Programm des Herrn Bebel folgerichtig mit dem vorliegenden Programm des internationalen Arbeitervereins. — 3) In Erwägung, daß der internationale Arbeiterverein als Vorposten der ganzen Arbeiterwelt, als Pionier der großen, sozialen Arbeiterbewegung unterer Zeit sich Verdienste um die Arbeiterwelt Deutschlands und Europas erworben hat und täglich mehr erwirbt, erkennt die Versammlung diese Verdienste freudig an und hofft, mit dieser Anerkennung die Bestrebungen des internationalen Arbeitervereins, so viel als unter den jetzigen Bedingungen möglich, zu fördern. — 4) In Erwägung, daß die soziale Frage, d. h. die Frage der sozialen Stellung des Arbeiters in der bürgerlichen Gesellschaft, nicht spruchreif, daß aber diese Frage die erste Lebensfrage der Zukunft ist, sein wird und sein muß, erklärt der Arbeitertag, daß die soziale Frage in allen Arbeitervereinen vor allen anderen Fragen auf die Tagesordnung zu stellen ist, und daß eine Hauptaufgabe des Vorstandes des Arbeitertages und seines Organs dahin gehen muß, die Mittel zum Studium dieser Frage allen Arbeitervereinen so viel als möglich zugänglich zu machen. — 5) In Erwägung, daß die politische Organisation des Staates die Freiheit des Bürgers bedingt, erklärt der Arbeitertag, daß die soziale Frage wie die politisch-nationalen Lebensfragen nur dort zu einer heilsamen und durchschlagenden Lösung kommen können, wo der Staat demokratisch organisiert ist, wo das Volk selbstherrschend durch selbstgewählte gesetzgebende und vollziehende Gewalten, stets unter dem unmittelbarsten Einflusse des ganzen Volkes stehend, seine Geschicke selbst bestimmt und leitet.“

Venedey motivirt seinen Antrag damit, daß das vorgelegte Programm unklar sei und überdies für die deutschen Arbeiterbildungsvereine noch nicht die Zeit gekommen sei, die Internationale Assoziation anders zu betrachten denn als Pionier, der jetzt vorausgehe, daß sie aber später immerhin der Mittelpunkt der Arbeiterbestrebungen werden könne.

Löwenstein (Fürth) spricht für Annahme des Programms; es sei ein ganz verkehrter Standpunkt, anzunehmen, daß die Arbeiterbildungsvereine ihre Aufgabe verfehlen, wenn sie die Politik in den Bereich ihrer Thätigkeit ziehen: die Bildung dürfe nicht Selbstzweck dieser Vereine sein, sondern nur das Mittel, ihre Bestrebungen für ein menschenwürdiges Dasein zu unterstützen; die nachgeholt, früher nicht erhaltene Schulbankbildung habe nicht alle den Werth; inmitten des politischen Kampfes und im praktischen Leben werde die dem Arbeiter nicht minder nothwendige Charakter- und politische Bildung erlangt, geläutert und befestigt. Was nützt dem Arbeiter die gediegenste Bildung, wenn er sie nicht dahin zu verwerthen versteht, daß er die ungerechten indirekten Steuern, die Blutsteuer des Kriegs und so noch Anderes der Art von seinen Schultern wälzt? Diejenigen, welche die Vereine mit allen Mitteln abhalten wollen, Politik zu treiben, mögen die Verantwortung übernehmen, daß der Arbeiter vielleicht dann einmal Politik auf der Straße treibt. Wenn man der freien politischen Meinung die Gelegenheit nimmt, durch Belehrung und Ueberzeugung zu wirken, wenn man unterdrückte Gefühle zur Leidenschaft heranwachsen läßt, mögen Die die Folgen tragen, welche die sociale Bewegung, statt sie ihren natürlichen Verlauf nehmen zu lassen, schließlich vielleicht in anarchische Bahnen drängen.

Thorade (Oldenburg) bringt einen Antrag ein, wonach wegen noch nicht vollständiger Verwirklichung des beim ersten Vereinstag aufgestellten Programms von Aufstellung eines neuen Umgang genommen werde.

Krebs (Berlin): Er sei persönlich Mitglied der internationalen Arbeiterassociation, er könne aber vorerst dem Berliner Arbeiterverein noch nicht zum Beitritt raten, da die Ziele der Association noch nicht klar genug seien und die Arbeitervereine vorerst andere wichtige Aufgaben zu lösen hätten.

Stuttmann motivirt zwei von ihm in Gemeinschaft mit Gleichesdorfer und Sonnemann eingebrachte Amendements. Das wichtigste derselben geht dahin, daß die Versammlung sich nicht das in der Arbeiterhalle abgedruckte, von Joh. Ph. Becker in Genf verfaßte, irrtümlich als Programm der internationalen Arbeiterassociation bezeichnete Altkensstück aneignen solle, sondern einfach die drei vom Leipziger Vorort vorgeschlagenen Sätze annehmen und auf Grund derselben sich der internationalen Association anschließen möchte. Der Redner motivirt diesen Antrag damit, daß das Becker'sche Sendschreiben viele Unklarheiten enthalte und leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben könne. Das zweite Amendement will die Worte: „die politische Bewegung ist das unentbehrliche Hülfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen“, ersetzt wissen durch die Worte: „die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung“.

Feterabend (München) fürchtet, daß es den Vereinen in Folge der unfreihinnigen Gesetze in verschiedenen deutschen Staaten schwer sein werde oder unmöglich sei, sich in politische Vereine umzugestalten.

Wahlreich (Dresden) verweist auf die Geschichte des Verbandes. Derselbe habe sich früher gegen die Behandlung der sozialdemokratischen Fragen erklärt; jetzt sei die Mehrheit der Vereine für ein

sozialdemokratisches Programm. Das möchten die heutigen Gegner bedenken; auch sie könne die Wandlung erfassen. Er will eine Verständigung; aber keine Verständigung um jeden Preis. Bei der Wahl eines Programms müsse man sich für dasjenige der internationalen Association erklären; dasselbe biete den Boden, auf dem die verschiedenen Parteien in der Arbeiterbewegung sich zu vereinigen vermöchten.

Thorade (Oldenburg): Wir wollen Politik in den Vereinen; aber wir wollen uns nicht über Eines Leisten lassen. Ich bin Zentralist und Gegner des Programms der föderalistischen Demokratie. Wir wollen die vollste Freiheit eines Jeden, nach seiner Façon selbst zu werden. Redner eifert gegen die ewige Bezeichnung: Bourgeois. Was man damit wolle? Er selbst sei kein eigentlicher Arbeiter, aber er habe Jahre lang für die Arbeiter gewirkt und thatsächliche Erfolge errungen, er sei vielleicht das Schrecklichste, was sich ein Arbeiter vorstellen, er sei ein — Bankier! Er schließt mit der Aufforderung: „Lehnen Sie das Programm ab und lassen Sie sich nicht beirren durch den dämonischen Zauber — der Phrase!“

Kirchner (Hildesheim) befürwortet als „Lassalleaner“ die Annahme des Programms, weil er überzeugt ist, daß sich die Arbeiter dadurch auf dem rechten Boden befinden. Er schildert die Noth vieler Arbeiter, welche nicht genug verdienen, um sich zu ernähren und die langsam Hungers sterben. Wo der fleißige Arbeiter nicht genug verdiene, sei er durch Noth gezwungen, seine Kräfte rasch aufzugeben, seine Gesundheit zu zerstören und dadurch zum Verbrecher an sich selbst, an Weib und Kind zu werden. Daß dies der Fall sei, gehe daraus hervor, daß in den Weberdistrikten das mittlere Lebensalter der Arbeiter weit unter demjenigen der besitzenden Klassen zurückstehe. Da noch von Selbsthilfe zu reden, sei directe Dummheit. Da sei der einzige Weg, Hilfe zu bringen, das Zusammenstehen aller Arbeiter allerorts. Und das empfohlene Programm bilde den Boden, auf dem dies geschehen könne; es führe zu einer allgemeinen Organisation, und nur mit ihr sei solcher Noth abzuhelfen. „Auf diesem Boden hören die kleinen Struipel auf, da fühlt und erkennt der Arbeiterstand seine Macht und da ist mit einer gemeinsamen Organisation das Arbeitervolk ein Löwe, dessen Lagen nicht mehr gefesselt sind, und die er zu gebrauchen weiß.“

Schöberger (Stuttgart) erklärte zunächst den Werth der internationalen Association nicht kritisiren zu wollen, aber so viel stehe fest, daß ihre Ideen in gegenwärtiger Zeit nicht die mindeste Aussicht auf Verwirklichung hätten; sie seien eben ein Phantom. Warum man nun mit solchen Geschichten einen Verband sprengen wolle, der unter verständiger, besonnener Leitung Bedeutendes leisten könnte? Statt nutzlose Programme aufzustellen, solle man lieber etwas für die Consumvereine thun. Die heutige Gesetzgebung in Deutschland verbiete allerdings nicht die Annahme des Programms und die Thätigkeit im Sinne desselben, allein wie leicht könnten doch dabei gefehliche Schwierigkeiten und Collisionen mit den Behörden austreten? Die Aeußerung eines Vorredners, daß die Arbeitervereine, weil sie programmlos gewesen seien, ein Werkzeug für die Intrigen der national-liberalen Partei geworden seien, wolle er mit Entrüstung als Infamie zurück. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Die Arbeitervereine hätten sich eben dieser Partei freiwillig, ja fast unbewußt, angeschlossen, weil sie ihren Standpunkt für den richtigen hielten. Der Beitritt zur Internationalen

ler Assoziation würde die schöne Blüte der Vereine wieder auf eine lange Zeit zerstören und eine Reaktion der finsternen Art hervorrufen. Die Fürsprecher des Programms sprächen von Einheit, aber was sie erzielten, sei Trennung.

Karl Girsch (Berlin): Man hört sonderbare Anschauungen: Arbeitervereine, die sich nicht mit Politik beschäftigen sollen, damit der konservative und der reaktionäre Mann sich neben dem demokratischen bewegen könne! Ist's denn auf diese Weise möglich, irgend ein bestimmtes Ziel zu verwirklichen, ja nur irgend bestimmte, klare politische Ideen ins praktische Leben zu bringen? Andere wünschen mit Benedek wohl, daß etwas Bestimmtes Seitens der Arbeitervereine auch in politischer Beziehung geschehe, aber zur Zeit könne dies eben nur ein Wunsch bleiben, denn die Arbeiter seien noch nicht reif. Nun ja, wann sollen sie denn reif werden, an der Besserung ihrer Lage selbst mitzuarbeiten? Wenn sie in ihren Bildungsvereinen genügend unterrichtet worden, wie man Tintenleze vertilgt, Ellipsen konstruiert, französisch liest u. dgl.? Es ist sündhaft, wie man die Leute zur Vergewöhnung ihrer edlen Zeit durch solche Spielereien veranlaßt, insofern sie dabei stets in ihrem Elend weiter leben müssen. Gründen Sie hunderttausend Arbeitervereine zu solchen Zwecken, und Sie leisten der großen Sache, für die wir kämpfen, um keinen Deut Nutzen. Wohl machen wir mit unserm Programm auch nicht sofort alle Fragen eben, aber wir bringen den Arbeiter zur Klarheit über seine Lage und zeigen ihm das Mittel, das er nur benutzen darf, um sich zu helfen.

Schulke (Hamburg) verliest ein Votum des Hamburger Vereins, das in politischer Richtung dem Programm zustimmt, aus sozialen Gründen (Absatz 2) sich gegen dasselbe erklärt. Die Hamburger können sich selbst dann nicht für das Programm aussprechen, wenn durch dasselbe dem politischen Kampfe die nötige Energie verlihen werden könnte.

Partung (Wien) führt an den österreichischen Verhältnissen, wo der deutsche Arbeiter mit dem anderen Nationalität in einer Werkstätte zusammenarbeite und dabei einsehen lerne, daß jedem Mund die gleiche Klage, die gleiche Sehnsucht nach Hilfe entströme, aus, wie die sozial-demokratische Arbeiterbewegung gar keine andere sein könne, als eine internationale. Weil man die nationale Zusammengehörigkeit seither zu sehr vernachlässigte, war es so leicht möglich, den Nationalitätenhaber aufzustacheln und die Arbeiter zu verleiten, kurzfristiger Wut gegen sich selber zu wüthen. Redner wendet sich dann in scharfen Worten gegen die national-liberale Fraktion, deren Entgegenkommen gegen den mächtigen Strom der Entwicklung ihren eignen Untergang nur beschleunigen und leider mißleitete Arbeiter mitreißen werde; wenn sie auch diesmal noch den Beschluß zu ihren Gunsten durchsetzen könnten, das nächste Mal werde ihre Macht sicherlich doch zu Ende sein, das sei nur eine Frage der Zeit.

Redner (Nürnberg) spricht gegen die Annahme des Programms.

Grulich (Zürich): Wenn man sich durchaus allgemein halten will und nach dem Aussprüche der Gegner gar kein Programm nötig ist, so wundert es mich, daß man nicht noch die katholischen und protestantischen Jünglings- und Gesellenvereine mit in den Verband hereinziehen will. Da dies nicht der Fall ist, so geben also selbst die Gegner tatsächlich zu: daß eine entschiedene Richtung notwendig ist. Nach dem

Antrag Benedek's, die internationale Arbeiterassoziation, als Vorposten der Arbeiter, auszumuntern ohne mitzuhandeln, ist doch nur eine lächerliche Inkonsequenz. Die Arbeiter sind bis jetzt mit Phrasen beherrscht worden. Wer heute noch Selbst- und Staatshilfe trennt, beweist seinen Unverstand. Der Militärstaat kann nur den Junkern, Pfaffen und Kapitalisten helfen — und muß uns Arbeiter ausbeuten, da er allein für sich 80 Prozent seiner Einnahmen und einen großen Theil der besten Arbeitskräfte zu seiner Unterhaltung als bloß freßender Moloch braucht. Uns kann bloß der demokratische Staat helfen, der Geld übrig hat zur Lösung der sozialen Frage, zur gerechten Erledigung der Schulfrage; und, meine Herren, in einem solchen Staate, wo die Interessen Aller zu gerechter Geltung kommen, da giebt es keinen Unterschied zwischen Selbst- und Staatshilfe. — Bei uns in der Schweiz spricht kein Mensch mehr von diesen albernen Wörtern, was ich als Zeuge der Zürcher Verfassungsbewegung aus eigener Erfahrung versichern kann. Wir betrachten die Genossenschaften als eine nothwendige Schule der Selbstregierung, in der die Arbeiter lernen sollen, die größte Genossenschaft, den Staat, zu erfassen und durch unmittelbaren Antheil der Gesetzgebung ihrem Interesse und dem der ganzen Gesellschaft dienlich zu machen; denn das Interesse der Gesamtheit ist maßgebend. Das ist freilich „Idealspolitik“, doch nicht unmöglich; um sie nun zu realisiren muß man sie schlechterdings ganz erfassen, ganz wollen wir sie, und nur mit guten Mitteln anstreben. Wer Schmutz berührt, der besudelt sich, ein unredliches Mittel zerlegt den guten Zweck und darauf hin zielt der Ausdruck im Internationalen Programm: „Wahrheit, Gerechtigkeit und Moral in Verkehr und Umgang mit allen Menschen.“ Diese Politik wird die Bruderliebe als neuen Faktor auf die Weltbühne bringen, sie wird die alten Tempel niederreißen und auf das Naturgesetz der Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt, ein neues Gebäude errichten, in dem nicht bloß die Auserwählten, sondern alle Menschen Platz haben. Es ist Zeit, Ihr deutschen Arbeiter, daß Ihr die geschändete deutsche Ehre wiederherstellt und gegenüber der Gewalt von oben her euch nicht als todte, widerstandslose Masse, sondern als lebenskräftige, charakterstarke Märrer erweist!

Pfeiffer (Stuttgart) spricht nur, weil er es mit der Sache ehrlich und gut meine. Er versteht die Bewegung nicht mehr(!): sie werde immer verworrener, man strebe nach den verschiedensten Seiten hin, während doch allen Parteien derselbe Gedanke zu Grunde liege und liegen müsse. Durch das neue Programm läme nur noch größeres Unklarheit in die Sache, es sei nicht deutsch und lasse gar nicht absehen, wie es ausgeführt werden solle. Es gehe mit dem „demokratischen Staat“ um die Republik herum; warum sage man nicht lieber gleich ehelich, daß man die Republik wolle? Man vermöge nicht einmal die Freiheit der Koalition zu erringen, das Nötigste für den Arbeiter, wie wolle man nun gar den demokratischen Staat bekommen? Es sei ein Programm von Phrasen, man komme nicht vom Fleck damit, es passe nicht für die Arbeitervereine. Erst müsse man Bildung und Erkenntniß verbreiten, das führe wohl langsam, aber sicher zum Ziel. Redner erklärt sich schließlich für Benedek's Antrag.

Lebkecht (Leipzig): Keiner der Gegner hat unser Programm einetrittlich unterworfen, ich habe es daher auch nicht im Einzelnen zu ver-

theidigen. Statt die aufgestellten Prinzipien zu bekämpfen, hat man an die Furcht appellirt. „Der Appell an die Furcht findet keinen Widerhall in deutschen Herzen“, sagte ein „großer Staatsmann“, der für unsre Gegner eine sehr hohe Autorität ist. Der Appell an die Furcht vor dem Polizeidienste wird unseren Arbeitern nur ein mittelweidiges Lächeln entlocken.

Man hat uns ferner einschüchtern wollen durch das Wort: „Ihr arbeitet der Reaktion in die Hände“. Wir haben das Wort schon oft gehört. Und zwar im Munde der preussischen Fortschrittspartei. Es heißt nichts anders, als: „wir wollen keine Aktion“, und wozu dies in Preußen geführt, das zeigt die traurige Geschichte des letzten Jahre. Aus angeblicher Angst vor Reaktion hat man jede Aktion vermieden und der Reaktion, indem man ihr freies Spiel gab, so recht con amore in die Hände gearbeitet. Bei dem Vermittlungsantrag Benedey's halte ich mich nicht auf. Die hier Anwesenden sind sich wohl Alle bewußt, — die meiner Partei sind es unzweifelhaft, — daß die Programm-Frage zum Austrag kommen muß, und daß, wenn es heute nicht geschieht, der Vereinsverband einfach zu einem Stechthum von einem Jahre verurtheilt wird, und beim nächsten Arbeitertag die Trennung sich doch vollziehen muß. Die Frage darf nicht vertagt werden, wir werden keine Fortsetzung des Compromisses mit den der Arbeitersache feindlichen Elementen dulden.

Der eigentliche Streitpunkt, um den es sich handelt, ist die Untrennbarkeit der politischen und sozialen Bewegung. Keiner der gegnerischen Vorredner hat zu widerlegen versucht, was der Berichtserfasser und Andre über die Lage der Arbeiterklasse, über die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital gesagt haben. Die im Bericht angeführten Thatsachen sind England einnehmend. Der Eine oder Andere wendet vielleicht ein: „ja das sind Englische Zustände.“

Nun — Marx, an dessen großes, die Socialdemokratie zuerst wissenschaftlich begründendes Werk, „das Kapital“, sich Keiner der sonst so lauten Bourgeois-Ökonomen gewagt hat — auch nicht mein Herr Vorredner Pfeiffer — bemerkt irgendwo, wenn es für Deutschland eine Statistik gebe, würde es sich herausstellen, daß die Lage der deutschen Arbeiter vielfach eine noch schlimmere sei, als die der Englischen. Die Streikrichter, welche hier und da auf unsre Arbeiterverhältnisse fallen, bestätigen das. Dr. Kirchner, der vorhin sprach, theilte als Resultat seiner Erfahrungen mit, daß ein Theil der deutschen Arbeiter nicht hinlängliche Nahrung mit ihrem Lohn kaufen könne, und darum physisch zu Grunde gehe. Eine Broschüre, die ein Sächsischer Arzt, Dr. Michaelis veröffentlicht hat, stellt fest, daß die mittlere Lebensdauer der Sächsischen Weber, Strumpfwirker u. s. w. zwischen 12 und 13 Jahren schwankt, also nicht die Hälfte des von Dr. Engel für Preußen ermittelten Durchschnitts erreicht, und daß diese ganze Bevölkerung aus Mangel an genügender Nahrung den langsamen Hungertod stirbt. Und einer Klasse, die sich in solcher Lage befindet, wollen Sie mit Palliativmitteln kommen, mit Consumvereinen u. s. w.? Da würde sich bestenfalls das Märchen wiederholen: wenn das Brot von dieser Saat gebäckt wird, ist das Kind längst todt. Hier können nur die großen Mittel helfen. Die konzentrirte Macht der Gesamtheit, d. h. der Staat allein kann die soziale Frage lösen: den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beseitigen, den Arbeiter, der jetzt verhungert, wäh-

rend er den sogenannten Nationalreichtum schafft, aus einem Lohn-Sklaven zu einem freien Menschen machen. Aber der Staat ist heute in den Händen der besitzenden Klasse; er ist die politisch organisirte Klassenherrschaft. Die Umformung des Staats im Sinne der Gleichheit und Gerechtigkeit ist daher die notwendige Voraussetzung der Arbeiter-Emancipation. Und das haben die deutschen Arbeiter endlich begriffen, und weil sie es begriffen haben, entfalten sie das Banner der Demokratie. Sie, meine Herren, (zu den Nationalliberalen gewendet) haben den Zusammenhang der politischen und ökonomischen Fragen längst begriffen, und demgemäß Ihre politische Parteilassung genommen. Der Verrath, den Sie, die Sie sich Liberale nennen, dadurch, daß Sie sich zu Schleppträgern Bismarck's gemacht haben, an Ihren eigenen Prinzipien begehen, er findet seine Erklärung in der Thatsache, daß Sie an Ihren gesellschaftlichen Privilegien festhalten, den Arbeitern nicht gerecht sein wollen. Sie haben sich Bismarck in die Arme geworfen, um sich und Ihre Klasse seiner Hilfe gegen die Arbeiter zu versichern. In Frankreich erlebten wir dasselbe. Sobald die Arbeiter nach der Februarrevolution mit ihren sozialen Forderungen hervortraten, verschloß die Bourgeoisie ihnen das Ohr — die Junischlacht kam; die Bourgeoisie badete sich in dem Blute der Arbeiter, sie siegte und besiegte ihr eigenes Freiheitsideal. Das Fundament der Republik war zerstört, und wenige Jahre nachher küßte die Bourgeoisie die Zuchttruhe des von ihr gehaßten und verachteten Bonaparte, ganz wie die deutsche Bourgeoisie heute die Zuchttruhe Bismarck's küßt.

Und während Sie, meine Herren, Ihre politische Parteilassung wesentlich als Feinde der Arbeiter gewählt haben, mühen Sie diesen zu, die politische Frage von der sozialen zu trennen! Die Arbeiter sollen sich mit Politik beschäftigen, Sie sind so gnädig, ihnen das zu erlauben, aber sie sollen in ihren Arbeitervereinen keine bestimmte Parteilolitik treiben. Mit anderen Worten, sie sollen fortfahren, Ihre Politik zu treiben: die Politik der Bourgeoisie, der Feindin der Arbeiter. Von Ihrem Standpunkt haben Sie recht; so lange die Arbeiter Ihrem Wunsch gemäß handeln, sind sie an Ihrem Gängelbände. Und das muß nun enden. Weil die soziale und politische Frage untrennbar sind, erheischt das Interesse der Arbeiter, daß sie sich von ihren sozialen Gegnern auch politisch trennen.

Oder wollen Sie noch leugnen, daß Sie, die Bourgeoisie, soziale Gegner der Arbeiter sind? Können Sie leugnen, daß das, was Sie Nationalreichtum nennen, d. h. Ihr Reichthum von einem Proletariat erzeugt wird, welches Sie auf Hungerlöhne reducirt haben, und daß dieser „Nationalreichtum“ in Wirklichkeit Nationalverarmung ist? Wir haben hier einen Hauptvertreter der Bourgeois-Ökonomie (Herr Pfeiffer), hat er — ich meine nicht bloß hier in diesem Saal — auch nur einen Versuch gemacht, den von Marx geführten Beweis, daß das Kapital der Bourgeoisie das Produkt nicht bezahlter Arbeit, also eines an den Arbeitern begangenen Diebstahls ist, zu erschüttern? Auch kein anderer Vertreter der Bourgeois-Ökonomie hat eine Widerlegung der Marx'schen Deduktion versucht — man hat gegen Marx den bequemeren Weg des Tobschweigens betreten; aber es soll Ihnen nicht mehr gelingen, und in Ihrem Schweigen erblicken wir das Eingeständniß, daß die Wissenschaft nicht auf Ihrer Seite ist, sondern auf unserer.

Genug — die Zeit der Gängelung ist vorüber, die Arbeiter sind zur Erkenntnis gelangt, daß ihr Interesse nicht das der Bourgeoisie ist, und daß es politischer Selbstmord wäre, wenn sie sich länger vor ihr ins Schlepptau nehmen ließen.

Es ist ein schwerer Kampf, den die Arbeiterklasse zu kämpfen hat. Aber das Ziel ist auch ein glorreiches: Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals — Abschaffung der Lohnarbeit, Durchführung des Coöperativprinzips, Niederwerfung der Klassenherrschaft durch Schaffung eines freien auf Gerechtigkeit gegründeten Staats. Um den Kampf mit Erfolg führen zu können bedürfen wir einer festen Organisation. Eine Organisation ist aber nicht möglich ohne festes Programm. Man hat uns vorhin zur Einigung gemahnt. Gut — Einigung mit den Freunden, aber Trennung von den Feinden! — Meine Herren! Nehmen sie den Antrag des Vororts an; er giebt uns die Möglichkeit der Organisation, und die Gewißheit des Sieges.

Mit Bezug auf eine Aeußerung Pfeiffers erklärte Liebtnecht noch: „Hr. Pfeiffer kann es nicht verstehen, daß die Volkspartei, welche in Wien der Sozialdemokratie feindlich entgegengetreten, hier in Nürnberg die Sozialdemokratie unterstütze. Das glaube ich gern, denn was er nicht verstehen kann, ist einfach nicht wahr. Die „Volkspartei“ als solche hat mit der gegenwärtigen Programmfrage absolut nichts zu thun; und die Volkspartei als solche ist in Wien den Arbeitern nicht feindlich entgegengetreten. Für das, was einzelne Mitglieder thun, ist die Gesamtheit der Partei nicht verantwortlich. Die Volkspartei in Sachsen, der ich anzugehören die Ehre habe, hat jedenfalls ihrer großen Mehrzahl nach das Auftreten der Arbeiter in der Spelbersammlung gebilligt. Die sociale Frage gehört überall auf die Tagesordnung, wo die deutsche Frage verhandelt wird. Die sozialistische Arbeiterbewegung geht ihren eigenen Gang; sie ist durch und durch demokratisch, — demokratisch und sozialistisch sind überhaupt für mich identische Ausdrücke, — und da die Arbeiter das Gros des Heeres der Demokratie bilden, ist es nicht an ihnen, sich der Demokratie anzuschließen; sie sind die Demokratie, und die demokratische Volkspartei hat sich einfach mit der demokratischen Arbeiterpartei zu vereinigen.“

Die namentlich vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme des vom Vorort vorgeschlagenen Programms mit den Amendements von Eichelsdörfer und Genossen mit 69 gegen 46 Stimmen (von den Mandanten (Vereinen) haben 61 für, 32 gegen das Programm gestimmt).

Das angenommene Programm lautet wörtlich:

Der zu Nürnberg versammelte fünfte deutsche Arbeitervereinstag erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation.

- 1) Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche

Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

- 2) Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.
- 3) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat

Ferner in Erwägung:

daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft giebt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittenen Länder abhängt; beschließt der fünfte deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation.

Nach Verkündung des Resultats der Abstimmung durch den Vorsitzenden erbat sich Herr Hochberger (Stuttgart) das Wort und verlas folgenden

Protest:

Nachdem die Mehrheit des Vereinstags deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg mit Hilfe von Vertretern der Internationalen Assoziation und Vertretern der Volkspartei ein politisches Programm durchgesetzt hat, sehen die Unterzeichneten sich veranlaßt folgenden Protest dagegen einzulegen:

- I. Die Bestrebungen der deutschen Arbeitervereine, welche nach dem Programm des ersten Vereinstags die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes bezwecken, können nicht durch weittragende Programme gefördert werden. Die Erörterung solcher Programme, die auf ein mehr oder weniger klares staatliches und gesellschaftliches Zukunftsideal verweisen, müssen notwendiger Weise den Eifer für die auf Selbsthilfe gegründeten Vereinigungen lähmen, und sind nur geeignet, an die Stelle rüstiger

- Arbeit ein Spiel mit leeren Worten und unklaren Phantasien zu sehen.
- II. Wir erblicken in der Annahme eines bestimmten politischen Programms einen Gewissenszwang für die Vereine, welche in politischen Dingen anderer Ansicht sind, sowie für Arbeiter, denen dieses Programm widerstrebt und die daher den Vereinen fern bleiben, während die Arbeitervereine, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen, Jedem offen stehen sollen.
- III. Dem Staate gegenüber sind die Arbeiter berechtigt zu fordern: die volle Rechtsgleichheit mit allen anderen Staatsbürgern, Befreiung von allen Schranken und Hemmnissen, welche der freien Bewegung des Menschen und der Arbeit entgegenstehen und endlich eine gerechte Verteilung der Staatslasten. Die Lösung der sozialen Frage kann aber niemals durch den Staat allein geschehen, sie kann hauptsächlich nur herbeigeführt werden durch die freie Thätigkeit der Staatsbürger selbst.
- IV. Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiter-Bildungsvereine bleibt es, Kenntnisse der staatlichen Verhältnisse und politischen Fragen zu verbreiten und insbesondere den Sinn für das öffentliche Leben zu pflegen und in den Kreisen der Arbeiter Vaterlandsliebe und bürgerlichen Gemeinfinn zu wecken. Die Politik kann also den Arbeitervereinen nicht fremd bleiben; nimmermehr aber dürfen sich diese Vereine als willenloses Werkzeug dieser oder jener Partei mitgebraucher lassen.
- V. Wir erkennen daher den in Bezug auf das vorgelegte Programm gefassten Beschluß als für uns verbindlich nicht an und behalten uns weitere Schritte vor.

Ghemtsh durch Stark	154 Mitglieder.
Dsnabrück ¹⁾ durch Schelle	337 "
Hamburg durch Schulze und Martens	650 "
Kiel mit Gauverband ²⁾ durch Christiansen	530 "
Heppens durch Thorade	100 "
Stuttgart durch Simater	250 "
Weissenburg a. S. durch Kamm	155 "
Kannstadt durch Hochberger	70 "
Schwabach durch Sellig	52 "
Wien (Selbstkraft ³⁾) durch Rabel und Mehling	800 "
Bielefeld ⁴⁾ durch Stör	657 "
Fürth durch Pfisterer	79 "
Hannover (Stadt) durch Engelking	668 "
Goslar ⁵⁾ durch Lüttich	464 "

¹⁾ Ist im Mandat nur mit 113 wirklichen Mitglieder aufgeführt, 224 waren als sog. außerordentliche Mitglieder aufgeführt, die nicht stimmberechtigt waren. ²⁾ Weder Kiel, noch der mit einbezogene Verein Londern gehörten dem Verband an, konnten also auch nicht mitstimmen. ³⁾ Gehört nicht zum Verband, Vertreter hatten kein Mandat, also auch kein Stimmrecht. ⁴⁾ Hat 1866 zum letzten Mal Beitrag bezahlt und zwar nur für 183 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder war mit Bielefeld und wie es scheint, von der Hand des Vertreters selbst eingetragen. ⁵⁾ Unter den 464 Mitgliedern ist der Verein Osteroda mit 49 einbezogen, der nicht zum Verbands gehörte.

Freiburg (im Breisgau) durch Moritz Müller	115 Mitglieder.
Ulm ¹⁾ durch Pfeiffer	50 "
Pforzheim durch Wittum und Stöffler	400 "
Geislingen ²⁾ durch Krauß	45 "
Regensburg ³⁾ durch Süß	200 "
Gelle ⁴⁾ durch Meuter	513 "
Gera ⁵⁾ durch G. Fontmeier	650 "
Nürnberg (Arbeiterverein) durch R. Höpner	410 "
Dffenbach a. M. (Arbeiterverein) durch Heiligenstadt	75 "
Siberach durch Hegner.	
Frankenberg durch Pils.	
München	209 "

Der Vorsitzende erklärte unter lebhafter Zustimmung der Majorität, daß der eingegangene Protest in der Montagsitzung geprüft und beantwortet werden solle und schloß Abends 7 1/2 Uhr die erste Sitzung.

Die 2. Hauptversammlung

wurde Montag den 7. September um 8 Uhr Morgens eröffnet. Die Gegner des Programms fehlten. Zunächst wurde ein Antrag des Zwickauer Volksvereins angenommen, welcher lautet:

Die Volksvereine können mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Arbeitervereine in den Verband der deutschen Arbeitervereine treten.

Der Vorsitzende verliest eine Einladung der Berner Friedens- und Freiheitsliga zum Besuche des Berner Congresses, sowie verschiedene Telegramme und Zustimmungsadressen.

Eichhoff bedauert anzeigen zu müssen, daß Herr Eccarius, Vertreter des Generalraths der Internationalen Association, abzureisen genötigt gewesen sei und begrüßt die Versammlung in dessen Namen.

Niethammer (Delegirter der Volkspartei) fordert auf, Delegirte zu dem am 18. und 19. September in Stuttgart stattfindenden Congress der deutschen Volkspartei zu senden. Er erklärt sich mit den gefassten Beschlüssen einverstanden. Die Demokratie müsse sich zur Sozialdemokratie erheben, wenn sie eine ehrliche Demokratie sein wolle.

Im Auftrag der französisch redenden Arbeiter in Genf verlas Herr Wütter von Genf „zur Klärung der Programmfrage“ folgende Ansprache:

„Als Vertreter der Internationalen Arbeiter-Vereinigung der französischen Sprache der welchen Sektion zu Ihnen gesendet, werde ich Ihnen sagen, was wir wollen: Unser Endzweck ist die Herstellung der

¹⁾ Ulm ist im officiellen Mandat nur mit 40 Mitgliedern angegeben. ²⁾ Ist im Mandat mit nur 15 aufgeführt. ³⁾ Ist im Mandat mit nur 150 Mitgliedern aufgeführt. ⁴⁾ Umfaßt bei den angegebenen 513 Mitgliedern den Verein Nienburg, der nicht zum Verbands gehörte. ⁵⁾ Bezahlt voriges Jahr den Beitrag für nur 73 Mitglieder, das Mandat war nur von einer Person ohne alle Legitimation ausgefüllt.
D. Herausgeber.

menschlichen Gesellschaft auf der Grundlage der Freiheit, der Gleichheit, der wirklichen Gerechtigkeit ohne Vorzug der Geburt der Nationalität oder des Besitzes, bei vollkommener Anerkennung des Talentes, des Fleißes, des wirklich Geschaffenen. — Es ist Unkenntnis der Thatfachen oder Verleumdung, wenn man der Arbeiterbewegung den Zweck zuschreibt, sie wolle, nachdem die Klassen, die da heißen: Adel, geistliche Macht und Bourgeoise, ihre Zeit der Herrschaft gehabt haben, an ihre Stelle die Herrschaft der Arbeiterklasse herbeiführen. Wir wollen durchaus nicht die Herrschaft irgend einer Klasse, sondern die Gleichberechtigung aller. Als einfache und nothwendige Folge ergibt sich, daß wir die sogenannten bürgerlichen Freiheiten, wie Rede- und Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Gleichheit vor dem Gesetz, Selbstbestimmungsrecht und Gewissensfreiheit als angeborne Menschenrechte anerkennen und zur Geltung bringen wollen. Was wir aber ebenfalls als natürliches Recht hinstellen ist das, was mit den Worten: Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte, auf der Fahne der Internationalen Arbeiter-Vereinigung steht, und was ins Volkswirtschaftliche übersetzt annähernd heißt: dem Produzenten gehört der Ertrag des Produzirten. Als nächstes Mittel zum Zwecke streben wir nach Aufklärung, besonders der arbeitenden Klasse über die soziale Frage, Verbrüderung der Arbeiter zu gemeinamem Wirken. Ohne die Stützen, welche Consums-, Credit-, Krankenkassen und ähnliche Vereine zu Zeiten für einzelne Leute oder Kreise haben mögen, von uns zu weissen, können wir jedoch diese Einrichtungen entschieden nur als Palliativ-Mittel betrachten, d. h. als Mittel, die wohl dem Individuum vorübergehend helfen, nie aber bei unseren volkswirtschaftlichen Zuständen die Gesamtheit der Arbeiter aus ihrer gedrückten und abhängigen Lage zum berechtigten menschenwürdigen Dasein erheben können. — Es wäre unvernünftig, wollten wir von den uns in ihren Interessen feindlich gegenüberstehenden Klassen Rettung verlangen. — Wir sind deshalb fest entschlossen, unser Heil nur in uns selbst zu suchen und in-dem Anschluß an solche Elemente, die offen Zweck und Ziel mit uns theilen. Durch lange und harte Erfahrungen gewöhnt, wird der Arbeiter in Zukunft nicht mehr die Schlägen der Bourgeoise, sondern seine eigenen schlagen. — Was zunächst erreichbar und daher vorerst anzustreben wäre, darüber haben unsere früheren Congresse Ausschluß gegeben, und wird der jetzt in Brüssel tagende Congreß sich noch weiter erklären. — Ich nenne hier nur, außer den bürgerlichen Freiheiten: Beseitigung des Militarismus und Einführung der Volkswehr mit demokratischer Organisation, außerdem Trennung der Kirche vom Staate, Reorganisation des gesammten Schulwesens in der Weise, daß es auch dem mittellosesten, dem Armen, möglich wird, seine natürlichen Anlagen im weitesten Sinne des Wortes zur vollen Ausbildung zu bringen. Ferner Pflicht der Arbeit für Alle, sei es Arbeit des Geistes oder der Werkstätte und des Feldes, Aufhebung aller indirekten Steuern, einschließlich Grundsteuern, und Einführung einer einzigen Steuer: der proportionalen Progressiv-Steuer. Die Uebereinstimmung der Ideen und der Gefinnung unter den Arbeitern der verschiedenen Länder Europas, die Zustimmung der Arbeiter der amerikanischen Union ist es, worauf unsere Friedenshoffnungen beruhen: Wir wollen den Frieden

hergestellt zur Entwicklung der Industrie und des Handels und zur Ausbildung des Volkes durch die Volkssouveränität.

Arbeiter Deutschlands! Heute tritt der Congreß der Internationalen Arbeiter-Vereinigung zusammen. Alle Länder Europas werden dort vertreten sein. Die französischen Arbeiter haben deshalb beschlossen, trotz des entgegenstehenden Verbotes der kaiserlichen Regierung, sich dort gleichfalls vertreten zu lassen, um sich an der Berathung ihrer Interessen zu betheiligen. Und dürfte es zu viel behauptet sein, daß diese Versammlung von Delegirten der Arbeiter von ganz Europa durch die Weisheit ihrer Beschlüsse ein schiedsrichterlicher Senat von Europa zu werden verspricht? Ja, dieser Congreß wird auf der Grundlage der ewigen Prinzipien der französischen Revolution von 1789 und der geheiligten Interessen der Arbeit, welche Ordnung, Sicherheit der Person und Freiheit verlangen, den Völkern Frieden beschaffen, und Europa wird die Beschlüsse dieses Congresses nicht unbeachtet lassen dürfen. Es liegt im Interesse aller Arbeiter, es ist sogar eine Ehrensache für sie und ihre heiligste Pflicht, sich an dem großen Werke zu betheiligen, das zum Zweck hat:

Die Errichtung der neuen, der wahren menschlichen Gesellschaft auf der Grundlage der Freiheit, der Gleichheit und Gerechtigkeit.

Der Arbeitertag ernannte hierauf eine Commission, bestehend aus den Herren Schweichel, Kadendorf, Liebnecht und Stolle, welche den gestern eingegangenen Protest prüfen und die dagegen für angezeigte erachteten Schritte der Versammlung in Vorschlag bringen sollte. Um 10 Uhr fanden die ausgetretenen Gegner sich in der Versammlung ein und ihr Vertreter Minner (Magdeburg) verlas folgende

Austrittserklärung:

Die Vertreter der Vereine: Bielefeld, Hamburg, Nürnberg (Arbeitervereine), Ulm, Heppens, Weissenburg, Magdeburg, Frankenberg, Gelle, Lüneburg, Harburg, Brücken, Otterndorf, Nienburg, Chemnitz, Goslar, Hameln, Minden, Elze, Eldagsen, Weine, Osterode, Raßede, Stuttgart, Rannstadt, Freiburg i. B., Pforsheim, Kärth (Arbeitervereine), Gera, Altona, Kiel, Londern, München, Augsburg, Oldenburg, Regensburg, Hannover, Schwabach und Geißlingen halten fest an dem Programm, auf Grund dessen der Verband deutscher Arbeitervereine gegründet wurde, können daher fernerhin nicht einem Verbandsangehörigen, welcher auf Grund des gestern durchgesetzten Programms eine neue Richtung angenommen hat.

Nürnberg, 7. September 1868.

Aug. Reuter (hannöv. Bauverband), A. Hochberger, Wittum, F. N. Engeltling (Hannover), Ed. Pfeiffer, J. F. Martens, D. Stöhr, Franz Rabel, W. Mehling, Fr. Lüttich, R. Nögner, Minner, Bauer, Staudinger, Karl Simater, D. Felerabend, S. Pfisterer, A. Christensen, F. G. Schulz, A. Stark (Chemnitz), F. W. Sulzrian (Burg bei Magdeburg), Joh. Bischoff, Chr. Süß, V. Heiligenstädt, G. Fontmeier (Gera), E. Sellig, Franz Heinrich Bils, G. Schelle (Dänabrück), A. Zeitler, Robert Krebs, G. F. Krauß (Geißlingen), Thorade.*

*) Dem Verband gehörten theils gar nicht, theils seit längerer

In Anwesenheit der Herren erstattete Liebknecht hiernach Bericht über den Vorschlag der obengenannten Commission; derselbe lautet: „In Erwägung, daß der Protest drei bewußte Unwahrheiten und eine Fälschung enthält, geht der Arbeitertag zur Tagesordnung über“.

Liebknecht wies diese Unwahrheiten sofort nach, indem er darauf aufmerksam machte, daß im Protest behauptet worden, die Abstimmung sei mit Hilfe der Internationalen Assoziation und der Volkspartei gemacht worden, während die Protestierenden wußten, und ja selbst den Beschluß mit gefaßt hatten, daß die Vertreter dieser Corporationen kein Stimmrecht hatten; daß im Protest unter den Unterschriften ein Wiener Verein (Bäckergefellen) aufgeführt worden, welcher nicht das Recht habe, zu protestieren, da er dem Verband nicht angehöre, zc.

Der Vorsitzende Bebel bemerkte sodann auch zu der eben eingegangenen Austrittserklärung, daß sie unberechtigter Weise mit der Unterschrift des Lindauer Vereins versehen sei, der seit einem Jahre schon aus dem Verband ausgehoben, und außerdem eine Reihe Unterschriften von Vereinen trüge, die erst in allerneuester Zeit dem Verbands begetreten und noch keinerlei Beitrag für denselben geleistet haben.

Diese verschiedenen leidenschaftlos konstatierten Thatsachen riefen bei den Versammelten des Arbeitertags eine lebhaftige Entrüstung hervor, indes die gegnerischen Herren ebenso unverkennbar verlegen unverzüglich den Saal wieder verließen.

Der Arbeitertag fuhr in seinen Beratungen fort.

Sonnemann (Frankfurt) referirte hierauf im Anschluß an die früheren Verhandlungen über die Errichtung von Altersversorgungskassen; er hob die Schwierigkeiten hervor, welche sich einem selbstständig zu begründenden Institute entgegenstellten und gab schließlich der Versammlung anheim, ob man nicht den Versuch machen wolle, nach Art der englischen Sparkassen durch Vermittelung der Post eine unter Staatsaufsicht stehende Anstalt zu errichten.

Gegen diesen Vorschlag sprachen sich Liebknecht, Wahlteich, Greulich, Krobitzsch, Günzel, Vorst, Krause, Dr. Kirchner aus, die alle mehr oder weniger sich dem Vorschlage zuneigten, allgemeine Gewerks-Genossenschaften der einzelnen Gewerke nach Art der Trades' Unions und des deutschen Buchdruckervereins zu errichten und denselben die Altersversorgung-, Kranken- und Wanderunterstützungs-Angelegenheiten zu übertragen.

Wahlteich (Dresden) äußerte sich über die Frage folgendermaßen:

Ich habe mich gegen die Vorschläge des Referenten auszusprechen und zwar aus zwei Gründen: Ich halte die Errichtung von Altersversorgungskassen, von unserer Seite unternommen, erstens nicht für ausführbar, zweitens, meine ich, ist es unsere Auf-

Zeit nicht mehr an: die Vereine zu Rienburg, Osterode, Elze, Kiel, Londern und Lindau; in deren Namen zu unterzeichnen war eine Anmaßung. Dasselbe gilt von den Herrn Kabel und Mehling (Wien), die nie dem Verbands angehört. Herr Krebs war nur persönliches Mitglied des Verbands, einen Verein vertrat er nicht.
D. Herausgeber.

gabe nicht, durch Palliativmittel die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu versuchen, sondern unsere Thätigkeit muß sich concentriren in der Ausföhrung und Verwirklichung der großen Prinzipien der Sozialdemokratie.

Ich kann in der Beweisführung für meine erste Behauptung kurz sein.

Der Referent hat die Schwierigkeiten, welche sich der Errichtung von Altersversorgungskassen für Arbeiter entgegenstellen, so sehr hervorgehoben, daß man annehmen kann, er glaube in der That selbst nicht an die Möglichkeit ihrer Gründung, denn wenn derselbe die Hilfe des jetzigen Staates hierzu für erforderlich hält, so spricht das deutlich genug. Ich sage, der jetzige Staat ist unser Feind und wir haben mit ihm keine andere Berührung als die, welche der Kampf zwischen uns, der Kampf auf Leben und Tod, mit sich bringt.

Um die Unmöglichkeit der Errichtung solcher Kassen von unserer Seite zu beweisen, darf ich Sie weiter nur daran erinnern, daß die große Masse der Arbeiter thatsächlich nicht in der Lage ist, die hohen Prämien für Altersversorgungskassen zu zahlen; wenn der Arbeiter dies könnte, wäre seine Lage eben nicht eine so traurige, wie wir sie beklagen. Derartige Kassen können endlich nur bestehen bei großer Beteiligung, diese ist aber aus dem eben angeführten Grunde und besonders deshalb nicht zu erwarten, weil der Kreis unseres Einflusses noch ein beschränkter ist.

Unseren Einfluß zu erweitern, die Massen der Arbeiter aus ihrer Stumpfheit und Gleichgültigkeit herauszureißen, das ist aber unsere eigentliche Aufgabe, und damit komme ich auf meine zweite Einwendung.

Die Arbeiterbildungsvereine haben lange genug, und doch in der Hauptsache erfolglos, mit den kleinen Fragen der sozialen Besserstellung der Arbeiter kostbare Zeit und Arbeitskraft verhandelt, jetzt heißt es: Organisation, Machtentfaltung unter dem Banner der sozialen Demokratie!

Für Einzelne unter uns braucht dieser Ruf nicht zu erklingen, denn wir haben ihn schon längst selbst überall ertönen lassen und sind thatkräftig in dieser Richtung vorgegangen; für den Gesamtverband erwächst aber mit diesem Vereinstag die Verpflichtung, allerorten die großen Prinzipien des Sozialismus dem Volke hoch zu halten.

Obwohl ich nun weiß, daß die Lage des Arbeiterstandes sich nur im Großen, in der von mir angedeuteten Weise wird gründlich bessern lassen, so verwerfe ich doch die kleinen Mittel nicht unbedingt, sondern will sie nur richtig angewendet wissen, ich verhalte mich demnach auch zu dem Vorschlag des Referenten nicht unbedingt ablehnend.

Mit einem Wort: Machen Sie es sich zur Aufgabe, Gewerks-Genossenschaften zu gründen, und überlassen Sie es diesen, Altersversorgung- und ähnliche Kassen ins Leben zu rufen.

Die Frage der Gewerks-Genossenschaften nach englischem Vorbild ist eine Lebensfrage der sozialen Bewegung, und ich hätte gewünscht, der Bericht wäre schon längst auf deren Begründung bedacht gewesen. Jetzt gilt es, das Versäumte nachzuholen.

Wir erreichen damit nicht nur, daß die Arbeitermassen, welche dem öffentlichen Leben bisher fern standen, zu diesem herangezogen und durch ihre Organisation zu einer allezeit schlagfertigen Armee für die

politische und soziale Emanzipation des Volkes werden, sondern schaffen auch zu gleicher Zeit den Boden, auf welchem das Klassenwesen in seiner vielfachen Gestalt am besten gedeiht, da für dasselbe die Gleichartigkeit des Gewerkes, der Lebensweise und des Lohnes, sowie das gegenseitige Bekanntheit der Mitglieder von wesentlichem Vortheil sind. Wir ziehen zur Verwaltung dieser Klassen neue Kräfte heran und geben ihnen die Anleitung, wie sie vereint mit uns zu kämpfen haben im Dienste der großen Principien, für deren Verwirklichung zu arbeiten speziell unsere Aufgabe ist.

Ich empfehle Ihnen, meine Herren, hiernach folgenden Antrag:

In Erwägung, daß Kranken- und Wanderunterstützungs- sowie Altersversorgungs-Kassen erfahrungsgemäß am besten durch Gewerks-Genossenschaften ins Leben gerufen und erhalten werden können, beschließt der fünfte Vereinstag, den Mitgliedern des Verbandes und speziell dem Vorort aufzugeben, für Vereinigung der Arbeiter in centralisirten Gewerks-Genossenschaften thätkräftig zu wirken.

Sonnemann erhielt als Referent das Schlußwort und erklärte, daß er nach den gehörten Ausführungen auf seinen Vorschlägen nicht bestehe, er nehme stets das Bessere, wo er finde. Er zog hierauf seine Anträge zu Gunsten eines aus verschiedenen Anträgen combinirten Vorschlags zurück, worauf die Versammlung ihm für das reichhaltig beigebrachte Material ihren Dank durch Aufstehen zu erkennen gab.

Der hierauf angenommene combinirte Antrag lautet:

In Erwägung, daß das Anheimgen der Verwaltung einer allgemeinen Altersversorgungs-Kasse für Arbeiter an den bestehenden Staat den Arbeiter unbewußt zu einem konservativen Interesse an den bestehenden Staatsformen bringt, denen er keineswegs Vertrauen schenken kann;

in Erwägung, daß Kranken- und Wanderunterstützungs- sowie Altersversorgungs-Kassen erfahrungsgemäß am besten durch Gewerks-Genossenschaften ins Leben gerufen und erhalten werden können, beschließt der fünfte Vereinstag, den Mitgliedern des Verbandes und speziell dem Vorort aufzugeben, für Vereinigung der Arbeiter in centralisirten Gewerks-Genossenschaften thätkräftig zu wirken.

Germann aus Leipzig referirt über die Krankenunterstützungs-Angelegenheit und die Versammlung genehmigt seine folgenden Anträge:

Der Vereinstag wolle den Verbandsangehörigen empfehlen, durch Deputirte des Ortes ein Collegium zu bilden, welches:

- 1) eine gute Organisation der Klassen, volle Selbstverwaltung, Vereinigung derselben nach Gewerken in Verbände und Befprechung der Klassen-Interessen in einem geeigneten Organ,

2) Freizügigkeit innerhalb der Gewerksklassen und bankmäßige Bewirthschaftung des Krankenklassen-Kapitals, anstrebt, außerdem aber auch:

3) die Gründung solcher Klassen anstrebt, an welchen Mangel ist, d. h. für Handarbeiter, Diensthöten und Arbeiterinnen.

R. Bürger (Göppingen) erstattet hierauf Bericht über die Wanderunterstützungskassen. Redner wirft einen Rückblick auf die Verhandlungen des 2. Vereinstags (Leipzig) in derselben Frage, erörtert den Stand in den verschiedenen Ländern, in denen bisher bereits solche Klassen bestanden haben, und schlägt schließlich vor, da bereits bei der Frage der Altersversorgungs-Kassen ein Beschluß gefaßt worden ist, noch folgende Resolution zu fassen:

Der Vereinstag empfiehlt den Vereinen die Einrichtung von Herbergen und Arbeitsnachweisungen.

Nachdem noch Borst (Göppingen) sich ausführlich über die Frage verbreitet hatte, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Es wird hierauf eine Pause von 2 Stunden gemacht.

Um 3 Uhr Nachmittags wird die Sitzung wieder eröffnet und beginnt die Verhandlung über die Frage der indirekten Steuern.

Schweichel (Leipzig) referirt an Stelle des aus dem Verband mit der Minorität ausgeschiedenen Krebs (Berlin): M. S.! die Tagesordnung nennt Herrn Krebs als Berichterstatter; Hr. Krebs ist aber, obgleich Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation, am Vormittag selbstamer Weise aus dem Verbands ausgeschieden, weil derselbe gestern die Resolution angenommen hat, sich den Bestrebungen der Internationalen Assoziation anzuschließen. Auf Ersuchen des Präsidiums habe ich mich gern an der Stelle jenes Herrn der Berichterstattung über den gegenwärtigen Punkt der Tagesordnung unterzogen und hoffe, daß Sie, m. S., unter diesen Umständen durch die Debatte ergänzen werden, was mein Bericht an Erschöpfung des Gegenstandes zu wünschen übrig lassen wird. — In den gegenwärtigen Staaten ist alles besteuert, Nahrung, Kleidung, Wohnung, jedes Gewerbe und jedes Geschäft; nur die Luft allein geht noch frei aus. Allein bei der vollendeten Kunst unserer Finanzmänner bezweifle ich nicht, daß auch die Steuerfreiheit der Luft ihrem Ende entgegen geht. Steuern sind unerlässlich, um das Getriebe der Staatsmaschine im Gange zu erhalten, und nichts gerechter, als daß Jeder für die Vortheile bezahlt, die ihm der Staat gewährt. Eine andere Frage ist es aber, ob bei der Umlage der Steuern jene Gerechtigkeit waltet, welche eine gleiche Vertheilung von Rechten und Pflichten erfordert, und welche erheischt, daß der Reichere verhältnismäßig mehr beitrage zu den Unkosten des Staates als der Arme? Ich stehe nicht an, diese Frage entscheiden zu verneinen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß unter allen Steuern die indirekten nicht nur am ungerechtesten sich vertheilen, sondern auch das meiste dazu beitragen, den Bürger in der Abhängigkeit von der Staatsgewalt zu erhalten und diese, indem sie zugleich die Moralität untergraben, in den Stand setzen, völlig eigenlüchtige Zwecke zu verfolgen. Die indirekten Steuern sind der Vampyr, der uns im Schlafe das Blut aus-saugt, sie sind wie die Diebshand in unserer Tasche, die durch sie ge-

leert wird, ohne daß wir es merken. Oder wissen Sie etwa, m. H., wie viel Steuern Sie dem Staate entrichten, wenn Sie Ihr Glas Bier oder Kaffee trinken, diesen mit Zucker oder Syrup süßen; wenn Sie Fleisch oder Brod essen, oder einen Haring verzehren; wenn Sie Ihre Speisen salzen; wenn Sie eine Cigarre rauchen, einen Kock oder das unentbehrliche Handwerkszeug sich kaufen? Ja, die meisten Steuerzahler haben nicht einmal eine Ahnung davon, daß alle diese Dinge besteuert sind und der Staat bei jedem Bissen, den sie zum Munde führen, ihr unsichtbarer aber nimmer fehlender Miteßer ist. Sie ahnen nicht, um nur ein Beispiel anzuführen, daß Sie für ein Pfund Salz drei Mal so viel bezahlen, als es in Wirklichkeit kostet, weil zwei Drittheile des Preises als Steuer in den Staatskäsel fließen. Erwägen Sie nun, m. H., daß eine Familie mit 3 Kindern wöchentlich ein Pfund Salz braucht, so können Sie selbst leicht berechnen, wie viel Steuern die Familie jährlich, ohne daß sie es weiß, an den Staat von diesem unentbehrlichsten Gewürz zu zahlen hat, das zudem bei dem Armen in den meisten Fällen das den Speisen mangelnde Fett ersetzen muß. Und das ist nun überhaupt das Gesetz der Auflage der indirekten Steuern auf die Lebensmittel: je unentbehrlicher ein Lebensmittel ist, je höher die Steuer, welche darauf lastet. Da aber der Arme ausschließlich auf solche Lebensmittel angewiesen ist, so folgt daraus, daß die schwerste Last dieser Steuern auf ihm ruht. Freilich kann auch der Wohlhabende und Reichthum, um bei dem angeführten Beispiele zu bleiben, das Salz nicht entbehren; aber es ist keineswegs das einzige Gewürz seiner Speisen, und jedes andere Gewürz, durch welches er seinen Salzverbrauch auf das allernothwendigste Maß beschränkt, zahlt eine geringere Steuer. Der Wohlhabende und Reichthum trinkt auch wenig oder gar keinen Branntwein, den der Arbeiter besonders im Norden gar nicht entbehren kann. Nun, m. H., wer täglich für 5 Pf. Branntwein trinkt, der zahlt dem Staat wöchentlich ebenso viel Pfennige Steuer, was jährlich 26 Silbergroschen macht.

Sehen wir also die indirekten Steuern, welche auf den Nahrungsmitteln lasten, überwiegend auf den Armen abgewälzt, so verhält es sich nicht anders mit jenen, welche in der Form von Zoll auf Rohprodukte und Fabrikate austreten. Denn auch diese, überwiegend zum Schutz einheimischer Fabrikanten eingeführten Zölle sind indirekte Steuern. Daß diese Schutzzölle es vor allen Dingen freundlich mit den Herren Fabrikanten meinen, mithin des Anspruchs auf Gerechtigkeit ebenfalls entbehren, davon können Sie sich durch jeden beliebigen Tarif überzeugen. Immer werden Sie finden, daß das Rohprodukt niedriger besteuert ist, als das daraus gefertigte Fabrikat. So ist der Zoll auf Roheisen geringer als der auf Stangen-eisen, und dieser wiederum niedriger als der auf verarbeitetes Eisen wie Handwerkszeug, Hämmer, Bohrer, Spaten, Nägel, Ketten u. s. w. Wäre diese Steuer nur dazu da, daß der Staat Geld bekommt, so ist nicht abzusehen, warum er ein Pfund Eisen in Gestalt von Handwerkszeug höher besteuern sollte, als in der Gestalt von Stangen-eisen, oder warum er von englischem Kattun eine höhere Einfuhrsteuer als von roher Baumwolle sich entrichten läßt.

Es ist natürlich, daß dem Staate, soll er anders einen Nutzen von den direkten Steuern haben, Jemand deren Betrag in baarem Gelde auszahlen muß. Diesen Dienst leistet ihm der Produzent, der

Fabrikant, der Kaufmann, die sich dafür an dem Konsumenten erholen. Bölig steuerfrei können sie selbst nun freilich nicht ausgehen, da sie wiederum ebenfalls Konsumenten sind. Aber da nur sie es sind, die neben den Conservativen in den gesetzgebenden Versammlungen eine Stimme haben, so ist es ihnen ein Leichtes, die Last der Steuern hauptsächlich auf solche Gegenstände abzumwälzen, oder bei dem gleichen Gegenstände auf diejenige Qualität (Eigenschaft), deren Konsumenten weniger sie selber als die unbemittelte Klasse sind — ein Mittel beiläufig, durch welches sie, da die Mehrzahl der Konsumenten nicht dem Wohlstande im Schooße sitzt, am schnellsten zur Wiedererstattung ihrer baaren Steuerauslagen gelangen.

Sie wissen sehr wohl, m. H., wie viel Klassensteuer, Gewerbe-steuer, Grundsteuer Sie zu bezahlen haben; denn Sie müssen dieselbe dem Staate in baarem Gelde auf den Tisch legen. Sie thun es mit Seufzen, denn es wird Ihnen schwer genug, sie aufzubringen, und an jedem Groschen klebt Ihr Schweiß. Wie würden Sie ächzen und stöhnen, wenn Ihnen der Staat den vierfachen Betrag abfordern wollte! Sie würden die Leistung für unmöglich erklären, ja Sie würden, schon jetzt der Steuerlast erliegend, den Regierungen den Gehorsam aufkündigen und dem versuchten Zwange Gewalt entgegensetzen. Und doch zahlen Sie diesen vierfachen Betrag in Wirklichkeit, zahlen ihn ohne Murren, weil Sie kein Bewußtsein davon haben, zahlen ihn in den indirekten Steuern. Ja, m. H., von den ungeheuren Summen, welche der Staat jährlich verschlingt, wird nur der vierte Theil etwa durch die direkten Steuern und durch die Einkünfte von den Domänen, Forsten, Bergwerken und dergleichen aufgebracht; den Rest liefern die indirekten Steuern. Es braucht nicht erst eines Hansesemann, um den Regierungen zu sagen, daß in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhört; sie haben dies von jeher gewußt und daher haben sie von jeher auf dem Schleichwege der indirekten Steuern den Staatsangehörigen die Mittel aus der Tasche zu locken gewußt, die man ihnen auf direktem Wege verweigert haben würde, und zwar mit Recht. Denn abgesehen davon, daß jeder Staatsbürger das Recht hat, den Betrag bis auf Heller und Pfennig zu wissen, den er an Steuern zu zahlen hat, sind es vor allen Dingen diese unkontrollirbaren indirekten Steuern, welche die Staatsgewalt in den Stand setzen, Zwecke zu verfolgen, welche mit dem Gesamtwohl nichts zu thun haben und zu diesem feindlich sich verhalten. An dem Tage, an welchem die Staatsgewalt genöthigt sein wird, ihren Geldbedarf direkt zu erheben, werden wir keine Friedensliga mehr nöthig haben. Denn man wird dann in der Steuerverweigerung, die jetzt nur ein Schlag ins Wasser wäre, ein Mittel in Händen haben, die Regierungen zu zwingen, den Willen der Nation zu respektiren. Es wird dann keine Eroberungskriege mehr geben, und mit den Armeen, deren Waffen ja doch nur auf die Brust geknechteter Bürger gerichtet sind, wird das Heer von Beamten verschmolzen, welches nöthig ist zur Ueberwachung und Einziehung der Zölle, von denen es einen ungeheuren Theil verschlingt. Die indirekten Steuern sind daher nicht nur die ungerechtesten, sondern verhältnismäßig auch die unproduktivsten, und Sparsamkeit in der Staatshaushaltung wie Erleichterung der arbeitenden Klassen nur durch deren Beseitigung zu erreichen. Zugleich sind es diejenigen, welche am meisten zur Demoralisation des Volkes beitragen.

Denn sie sind die Quelle des Schmuggelhandels und aller Steuerdefraudationen, in denen die öffentliche Meinung kein Vergehen erblickt, da sie die indirekten Steuern nicht anders denn als ein Unrecht der Regierungen, als einen gleichfalls im Dunkeln schleichenden Feind auffassen kann.

Auf alle diese Gründe gestützt empfehle ich folgende Resolutionen Ihrer Annahme, welche auf Beseitigung dieser ungerechten Steuern gerichtet sind und an deren Stelle die Einführung einer gerechten, direkten Steuer vorschlagen:

In Erwägung, daß sich die indirekten Steuern jeder Kontrolle entziehen, indem sie in einer Weise erhoben werden, welche es dem einzelnen Steuerzahlenden fast unmöglich macht, die Höhe seines eigenen Beitrags zu bemessen;

in Erwägung, daß die indirekten Steuern namentlich die allerunentbehrlichsten Lebensmittel belasten;

in Erwägung, daß solche Steuern in den bestehenden Staatsorganisationen ein wesentliches Mittel sind, die Staatslasten hauptsächlich von den bevorzugten (herrschenden) Klassen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, beschließt der 5. Vereinstag deutscher Arbeitervereine:

Der Verband solle mit unermüdlicher Thatkraft hinwirken auf die Beseitigung jeder indirekten Steuer und auf Einführung einer gerechten direkten Steuer.

Mendel (Wunsiedel) stellte hierzu den Zusatzantrag, mit dem sich der Referent einverstanden erklärte:

Der Verband solle es daher seinen Mitgliedern zur Pflicht machen, bei allen Wahlen zur Gemeindevertretung, den Landtagen etc. nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche für die völlige Beseitigung der indirekten Steuern einstehen.

Wahlreich (Dresden) beantragte, an Stelle „einer gerechten, direkten Steuer“ zu setzen: „eine gerechte, progressive Einkommensteuer“.

Der Referent äußerte sich mit einer solchen Steuer einverstanden, bat aber bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und der vorgerückten Zeit die Frage einer späteren Berathung vorzubehalten.

Bei der Abstimmung wurde Wahlreichs Amendement abgelehnt und die Resolutionen mit dem Zusatzantrag von Mendel angenommen.

In die Wehrfrage übernahm Liebknecht (an Stelle Bebel's, der durch anderweitige Arbeiten verhindert war) den Bericht. Er sagte:

„Meine Herren! Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich die vorliegende Frage nach allen Seiten hin theoretisch erschöpfend behandle. Es ist dieß in neuerer Zeit von der demokratischen Tagespresse, in Broschüren und in Volksvertretungen so gründlich geschehen, daß man mit Recht sagen kann: die Wehrfrage ist theoretisch entschieden, und bedarf nur noch der praktischen Lösung. Sie ist wesentlich eine Machfrage. Die Uebel der stehenden Heere sind

allseitig anerkannt, selbst von denen, welche aus Sonderinteresse daran festhalten, weil ihre Herrschaft auf den stehenden Heeren beruht. Ich verweise auf das Zeugniß Radeky's, der offen zugestanden hat, daß das System der allgemeinen Volksbewaffnung einen Staat wehrhafter mache und zugleich die Bürger weit weniger belaste, als das System der stehenden Heere, daß es sich aber mit der Existenz eines monarchischen, soll heißen absolutistischen Staats nicht verträge. Hier finden wir die große Wahrheit ausgesprochen: das System der stehenden Heere ist absolutistisch, dynastisch, das der allgemeinen Volksbewaffnung, wie sie in der Schweiz besteht, ist demokratisch.

Das System der stehenden Heere ist so alt, wie der politische Absolutismus. Der absolute Staat, welcher auf den Trümmern des mittelalterlichen Feudalismus entstand, und dessen Grundgedanke sich in dem Wort Ludwigs des Vierzehnten von Frankreich: der Staat bin ich! ausdrückt, mußte das Volk entwaffnen, und eine Soldatenkaste bilden, die, von dem Bürgerthum losgelöst, jedes bürgerlichen Geistes entkleidet, ein willenloses Werkzeug der Unterdrückung wurde. Wenn auch die stehenden Heere vielfach zu Eroberungskriegen dienten, so waren und sind sie doch hauptsächlich nach Innen gegen die Völker selbst gerichtet, zu deren Verteidigung sie angeblich bestimmt sein sollen. Daher kommt es auch, daß die Vernichtung der stehenden Heere in den Kulturstaaten des europäischen Festlandes gleichen Schritt mit der Entwicklung des demokratischen Geistes gehalten hat. So lange die Völker das Joch des Absolutismus ohne Murren ertrugen, weil sie der feudalen Anarchie müde waren und von staatlicher Freiheit noch keinen Begriff hatten, bedurfte der Absolutismus zu seinem Schutze nur einer vergleichungsweise geringen bewaffneten Macht. Aber seit den Zeiten der französischen Revolution, welche die Saat demokratischer Ideen überall austreute, ist der Absolutismus gezwungen, zu seiner eignen Sicherheit eine immer größere Zahl der Bevölkerung zum Soldatenhandwerk zu pressen; und in dieser aufsteigenden Linie wird es fortgehen, bis die Völker die Last nicht mehr zu ertragen vermögen, und mit einem System abrechnen, das sie dem Ruin zuführt. Und mit steigender, stets wachsender Schnelligkeit führt es sie dem Ruine zu. In Deutschland und in Frankreich verschlingt schon jetzt das stehende Heer, mit Allem was drum und dran hängt, den größten Theil der Staatseinnahmen; und diese ungeheuren Summen werden nicht nur völlig unproduktiv verwandt, nicht nur werden alljährlich der nationalen Arbeit viele Hunderttausende der kräftigsten Männer entzogen, sondern obendrein wird auch durch die stehenden Heere die Produktionskraft der bürgerlichen Bevölkerung vermindert, weil sie durch Heraufbeschwörung der Kriegsgefahr den Handel und die Industrie lähmen und einen übermäßigen Steuerdruck nothwendig machen, der das reichste Volk zu Grunde richten muß. Würden die Hunderte von Millionen, welche uns die stehenden Heere jährlich kosten, einfach zum Fenster hinausgeworfen, so wäre das schon schlimm genug, und ein schweres Verbrechen an der arbeitenden Menschheit; aber diese Hunderte von Millionen bilden eine Giftsaat, welche, den Boden aussaugend, üppig emporsteigt, und in deren Bereich, wie in dem des Unkrautes, alles Leben verreckt!

Groß, wie in materieller Hinsicht — von den moralischen Uebeln rede ich jetzt nicht — der direkte Schade ist, der uns durch die ste-

henden Heere erwächst, der indirekte ist noch unendlich größer. Ich sprach von der Kriegsgefahr. Dieselbe wird allerdings nicht durch die stehende Heere erzeugt. Der Alp, der gegenwärtig auf Europa liegt, diese peinliche Ungewißheit, die des Friedens nicht auf die nächste Stunde sicher ist, sie wurzelt in dem Mißverhältnis der Staatsformen zu den politischen und nationalen Bedürfnissen der Völker. Allein die Fortdauer dieses Mißverhältnisses wird einzig durch die stehende Heere ermöglicht, die außerdem die Regierungen in den Stand setzen, jeden Moment gegen den Willen und das Interesse der Völker einen dynastischen Krieg zu beginnen. Wir sind daher berechtigt zu sagen: Hätte man in Europa keine stehenden Heere, so wären wir von sämtlichen Kriegen der Neuzeit verschont geblieben, und die Völker hätten nicht nur Alles gespart, was sie für den Krieg unmittelbar zu bezahlen hatten, sondern noch das Zehnfache durch Blühen des Handels und der Gewerbe gewonnen. Sie Alle kennen, — die meisten von Ihnen aus eigener bitterer Erfahrung — die lähmenden Wirkungen des letzten Kriegs auf die deutsche Industrie; der Betrag des Ausfalls läßt sich nicht genau berechnen, aber es kann nicht bezweifelt werden, daß er den Betrag der gesamten direkten Kriegskosten bei Weitem übersteigt. — Doch weiter: Ich sagte zu Anfang, der Zweck der stehenden Heere sei die Unterdrückung der Völker, nicht die Vertheidigung des Vaterlandes. Der Beweis ist leicht geliefert. Wir finden ihn in der neuesten Geschichte unseres Erdtheils. Hunderte von Schlachten und Schlächtereien, verübt durch die stehenden Heere, am Volke verübt: Paris, Wien, Berlin, Frankfurt, die Blutfelder des noch heut betäubt daliegenden Baden, Ungarn, die Lombardei, Rom, Polen — überall das Volk niedergeschlagen, niedergemetzelt durch die stehenden Heere. Und wo hätten sie für das Volk gekämpft? Etwa 1859 in Italien? Wohl führte Bonaparte die Freiheit der Italiener im Munde, aber wie kann, wer Despot ist im eignen Land, die Freiheit dem Nachbar gönnen, der durch sie sein tödtlichster Feind werden müßte? Freiheit kann den Despotismus eben so wenig vor den Thoren dulden, als der Despotismus die Freiheit. Nicht um Italien zu befreien, nein, um Frankreich zu unterdrücken, um das Gespenst der Revolution, das aus den zerplagten Orsinibomben hervorgestiegen war, wieder zu bannen, unternahm der Deziemberrmann den Krieg von 1859. Und der Krieg von 1866? Meine Herren! Es wäre eine Beleidigung für Sie, wollte ich mich auszuführen bemühen, daß dieses schmachvollste Verbrechen am Vaterland, auch ein Verbrechen an der Freiheit, an der Volkssache war. Stets und überall gegen das Volk; nie und nirgends für das Volk — das ist das Urtheil der Geschichte über die innere Mission des stehenden Heeres. Und wie verhält es sich mit der Vertheidigung gegen den äußeren Feind? Nehmen wir das Jahr des großen Hochverraths an der deutschen Nation — das Jahr 1866. Oesterreich wurde von Preußen angegriffen; es hatte ein stehendes Heer, auf das Millionen über Millionen verwandt worden waren, um es möglichst schlagfertig zu machen. Was wurde aus der oesterreichischen Armee? Ein paar verlorne Treffen, eine verlorne Schlacht — und sie war kampfunfähig. Oesterreich selbst wehrlos, dem Sieger preisgegeben. So ist es mit den stehenden Heeren. Nicht mit

Unrecht nennt man sie stehende. Bloß so lange sie stehen, bestehen sie. Einmal niedergeworfen, liegen sie am Boden und vermögen nicht mehr aufzustehen. In neuerer Zeit, wo die stehenden Heere so kolossal geworden sind, daß die Volksträfte kaum ausreichen, sie zu erhalten, geschweige denn neue Armeen auf die Beine zu bringen, entscheidet eine, höchstens eine zweite Schlacht über das Schicksal der Staaten. 1859 Magenta und Solferino, 1866 Königgrätz. Hätte die preussische Armee, was einen Augenblick sehr wahrscheinlich war, die Schlacht bei Königgrätz verloren, so würde der oesterreichische Sieg Preußen genau in dieselbe Lage gebracht haben, wie der preussische Sieg Oesterreich. Ein anderes Heer war nicht da. Das preussische Junkerthum wäre gefallen anstatt des oesterreichischen, das preussische Volk hätte gewonnen anstatt des oesterreichischen.

Man mendet mir hier vielleicht ein: „das preussische Heer ist kein stehendes im eigentlichen Sinne des Wortes, durch die Landwehr erlangt es einen volksthümlichen Charakter und, erfüllt es auch nicht das Ideal der allgemeinen Volksbewaffnung, so kommt es ihm doch nah.“ Meine Herren! Eine schamlosere Lüge ist von dem Falschmüngern des Berliner Pressbureau's und ihren Gothaer Ephegefellens nie ausgeprägt und in Umlauf gesetzt worden, als die von dem preussischen „Volk in Waffen“, von der „allgemeinen Wehrhaftigkeit“ in Preußen. Es ist diese Lüge nur der anderen an die Seite zu stellen, daß Preußen, indem es Deutschland zerrissen, uns die Einheit verlehren habe. Die preussische Landwehr, welche „das Volk in Waffen“ war, die Landwehr, welche die französischen Grenadiere in die Rappbach warf, bei Leipzig die Macht des Corsikens Groberers brach und bei Waterloo ihm den Todesstoß versetzte, nachdem sie zwei Tage vorher bei Ligny geschlagen worden — welches stehende Heer hätte Aehnliches geleistet? — diese Landwehr, die eine Volkswehr war, ist längst der reaktionären Politik des Hohenzollernthums erlegen, und die „Armeeorganisation“ hatte nur noch die letzte Spur demokratischen Geistes weggumazregeln. Hätte diese Landwehr noch 1866 bestanden, der Bruderkrieg wäre undenkbar gewesen. Was man jetzt Landwehr nennt, ist nichts als ein Anhängsel der Linie. Und wie verhält es sich mit der „allgemeinen Wehrhaftigkeit“ in Preußen? Allgemeine Wehrhaftigkeit heißt Wehrhaftigkeit Aller. — In Preußen ist aber von je 3 wehrfähigen Männern nur Einer bewehrt. War ich, angesichts dieser unumkehrlichen Thatsache nicht berechtigt, die „allgemeine Wehrhaftigkeit“ Preußens eine schamlose Lüge zu nennen? Statt der allgemeinen Wehrhaftigkeit giebt Preußen eine Drittels-Wehrhaftigkeit, wie in seiner „deutschen Einheit“ eine Drittels-Einheit. Die Wahrheit ist: die reorganisirte preussische Armee sammt der Landwehr ist im Verhältnis zur Bevölkerung das größte stehende Heer der Welt, und kein Land empfindet darum auch die Folgen des Systems in solchem Maß wie das unglückliche Preußen.

Doch ich wollte nur zeigen, daß das preussische Wehrsystem sich im Wesentlichen nicht von dem der übrigen Militärmonarchien unterscheidet, und daß, hätten die Oesterreicher bei Königgrätz gesiegt, Preußen völlig hüßlos gewesen wäre. Wie anders, wo stehende Heere unbekannt sind und das Volk selbst die Vertheidigung des Vaterlandes

übernimmt. Blicken Sie nach Amerika. Vor 8 Jahren erhoben dort die Sklavenhalter des Südens — ganz wie bei uns vor dritthalb Jahren die Junker des Nordens — das Banner der Rebellion und wollten das Vaterland zerreißen. Der bundestreue Norden ward über-rumpelt — wie bei uns der Süden. In der Regierung saßen Ver-räther — keine Armee, keine Flotte. Aber das Volk war da. Nicht erschöpft durch eine unerträgliche Steuerlast, begeistert für die Freiheit eilte es entschlossenen Muths zu den Waffen. Die erste Schlacht geht verloren — wie bei uns. Aber hier hört die Lehnlich-keit auf. Uns machte die erste Niederlage unfähig, den Kampf fort-zuführen; sie war das Ende des Kriegs. In Amerika war sie der Anfang des Kriegs. Der Norden verdoppelte seine Anstrengungen. In wenig Wochen ist ein Volkheer versammelt ungleich stärker als das geschlagene. — Noch eine Niederlage. Das nämliche Schauspiel. Für ein freies Volk giebt es kein Königsgräß. Ein freies Volk ist nicht abhängig von den Launen des Kriegsglücks. Zwanzig Mal geschlagen, nie besiegt, erheben die Amerikaner sich nach jeder Niederlage mit erneuter Kraft, stärker als zuvor, und kämpfen den Riesenkampf durch, bis die Rebellion zertreten ist. Der ameri-kanische Bismarck, dem ein bewaffnetes Volk entgegenstand, er-wartet jetzt als Hoch- und Landesverräter seinen Prozeß; der deut-sche Jefferson Davis, dem ein stehendes Heer entgegenstand, hat Recht und Vaterland zertrümmert, und läßt von seinen sprichwörtlichen „Richtern in Berlin“ die als Hoch- und Landesverräter verurtheilten, welche der siegreichen Gewalt den Hohn der Anerkennung verweigern.

Unfähig, das Vaterland in der Stunde der Gefahr zu verteidigen, Werkzeug der Unterdrückung, Stütze des Unrechts, Ruin des nation-alen Wohlstands — das sind die stehenden Heere. Ihre Vernichtung ist die unerläßliche Vorbedingung eines freien europäischen Gemein-sens. Durch Reden, durch Beschlüsse wird das Uebel allerdings nicht beseitigt. Wie schon gesagt, die Frage der stehenden Heere ist eine Machtfrage. Aber Reden und Beschlüsse sind darum nicht unnütz. Es gilt, die Massen in Nord und Süd, in Ost und West aufzuklären über dieses kolossale Uebel, damit sie im geeigneten Moment wissen, wohin der vernichtende Keulenhieb zu fallen hat. Der Moment wird kommen. Das Uebel tötet sich selbst durch seine eigene Gräbe; die Völker müssen es austrotten, wenn sie ihm nicht zum Opfer fallen wollen. Und vielleicht bietet die Gelegenheit sich bald. Der Cäsarismus jenseits des Rheins wird durch das „Verhängniß“, durch die „Logik der Thatfachen“ zum Krieg gegen den Cäsarismus diesseits des Rheins gedrängt. Der Zusammen-stoß ist unvermeidlich. Die Völker können nur gewinnen, wenn ihre Feinde sich unter einander zerfleischen. Aber sie dürfen dann auch nicht die Sache ihrer Feinde zu ihrer eignen machen. Es muß um jeden Preis verhindert werden, daß der kommende Krieg einen nation-alen Charakter annehme. Der Mann, welcher am 2. Dezember 1851 die französische Republik meuchelte, kann eben so wenig Vertreter der französischen Nationalinteressen sein, als die Männer, die Deutschland im Sommer 1866 meuchelten, Vertreter der deutschen Nationalinter-essen. Jede Niederlage des napoleonischen Cäsarismus ist ein Sieg des französischen Volks; jede Niederlage des Bismarck'schen Cäsaris-mus ist ein Sieg des deutschen Volks. Wir Norddeutsche sind vor-

läufig vergewaltigt. Aber Sie im deutschen Süden sind noch nicht völlig gefesselt. Zerreißen Sie die Schlinge der Militär-verträge, die Preußen Ihnen um den Hals geworfen, und ersparen Sie Europa, der Welt jene Todsünde wider den heiligen Geist der modernen Civilisation: einen Nationalkrieg zwischen Frank-reich und Deutschland. In Ihrer Hand liegt es. Thun Sie Ihre Schuldigkeit, und der Krieg der Cäsaren wird zum Auserje-hungsfest der Völker.

Und dann wird auch die Machtfrage“ der stehenden Heere gelöst. Meine Herren, ich empfehle Ihnen folgende Resolutionen zur Annahme:

Der Arbeitertag erklärt:

Das System der stehenden Heere, wie es sich in fast allen Ländern Europas entwickelt hat, ist eine der Hauptur-sachender gegenwärtigen Geschäftsstörungen. Zudem es den Völkern insgesamt ungeheure Lasten auferlegt, die Steuern mit den Staatsschulden von Tag zu Tag erhöht, einen großen Theil der Bevölkerung in den besten und kräftigsten Lebensjahren ihrem Berufe und der Produktion entzieht, ist es zugleich eine wesentliche Ursache der herr-schenden sozialen Noth und Massenverarmung.

Indem es ferner den Fürsten die Macht giebt, gegen den Willen und das Interesse der Völker Krieg zu füh-ren, überhaupt den Willen der Völker zu mißachten, ist das stehende Heer die Quelle beständiger Kriegsgefahr und das Mittel dynastischer Eroberungskriege nach Außen und der Unterdrückung von Recht und Freiheit nach Innen. In Ermägung dessen betrachtet es der deutsche Arbeiter-vereinstag als eine Pflicht der Arbeiter aller Länder, nach-drücklich und unausgesetzt mit allen Mitteln auf Beseiti-gung der stehenden Heere und auf Einführung der allge-meinen Volksbewaffnung hinzuwirken.

Kräber und Ladendorf stellten und begründeten hierauf nach-stehende Amendements:

- 1) Amendement Kräber's: Der Arbeitertag empfiehlt allen seinen Mitgliedern, bei Wahlen von Landtags- und Reichs-tagsgewählten u. s. w. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung stehender Heere den Regierungen nimmer-mehr einen Groschen zu bewilligen.
- 2) Amendement Ladendorf's: Der Arbeitertag empfiehlt:
 - a) Den Vorstand zu beauftragen, alle Mittel zu berathen und in Anwendung zu bringen, die dazu dienen kön-nen, die in stehenden Heeren gemißbrauchten Arbeiter,

namentlich die ländlichen, über ihre eigentlichen und höchsten Interessen aufzuklären.

- b) Die Volkswehrfrage mit der Erziehungsfrage zu verbinden und beide Fragen vereinigt auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstags zu setzen.

Liebkecht: „Einer der Voredner (Ladendorf) hat für die allgemeine Entwaffnung gesprochen. Auch ich bin dafür. Aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern. Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zerkümmrung Russlands, die Wiederherstellung Polens. Ist dem russischen Doppelaar das nach Westen gelehrte Haupt abgeschlagen; haben wir an Polen die Verblichen unserer Fürsten, namentlich des treulossten und undeutschsten unter ihnen, Friedrichs des „Großen“, wie die Geschichtsfälscher ihn nennen, geföhnt; ist der Despotismus aus seinem letzten Schlußwinkel vertrieben, dann, aber auch erst dann können die Völker entwaffnen. Bis dahin müssen wir festhalten an unserer Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung: Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger!“

Die Resolutionen nebst den beiden Amendements wurden einstimmig angenommen.

Punkt 9 der Tagesordnung, betreffend „die Vertheilung des geschäftlichen Reingewinnes an die Arbeiter“ wurde vom Referenten Sonnemann (Frankfurt) mit Zustimmung der Versammlung zurückgezogen. Es folgt der Bericht der Prüfungskommission über die Geschäftsführung des Vororts. Da die in der Vorversammlung hierzu neben Stolle (Grimmitzschau) gewählten Wittum (Pforzheim) und Dr. Pfeiffer (Stuttgart) angeschlossen waren, hatte man Gleditsch (Dresden) und Vorst (Göppingen) an deren Stelle ernannt. Nach dem Bericht betrug die Einnahmen vom Geraer bis zum Nürnberger Vereinstag 312 Thlr. 11 Ngr. 7 Pf. und zwar bestanden dieselben aus 65 Thlr. 20 Ngr. Rassenbestand, 18 Thlr. 28 Ngr. Ehrenpfennig zur Deckung des Defizits der Arbeiterhalle, 227 Thlr. 23 Ngr. 7 Pf. Beiträge der Vereine. Ein sehr großer Theil der zum Verband gehörigen Vereine war mit den Beiträgen noch im Rückstand. Die Ausgaben betragen 247 Thlr. 27 Ngr. 2 Pf. und zwar für Deckung des Defizits der Arbeiterhalle 117 Thlr. 29 Ngr., Drucksachen 13 Thlr. 29 Ngr. 7 Pf., Reisespesen 16 Thlr., Zeitungsabonnement 8 Thlr. 5 Ngr., Porto und sonstige Verläge 31 Thlr. 14 Ngr., Archiv 3 Thlr. 5 Ngr. 5 Pf., Remuneration an den Vorort 57 Thlr. 4 Ngr. Zu letzterem Posten bemerkte der Berichtstatter, daß nach dem Statut dem Vorort eine Entschädigung von 300 Thlr. zustehe, er habe indeß in Ansehung der Rassenverhältnisse mit der geringen Summe von 57 Thlr. 4 Ngr., welche dem Sekretärgehalt des früheren ständigen Ausschusses gleichkomme, vorlieb genommen. Dies verdiene um so höhere Anerkennung, als die Arbeitlast des Vororts eine ganz bedeutende gewesen sei, Bücher und Akten sich in der schönsten und übersichtlichsten Ordnung befänden.

Die Kommission beantragt Justifikation der Rechnungen, und spricht dem Vorort die wärmste Anerkennung für die Führung der Geschäfte aus. Die Versammlung stimmt dem einmütig zu.

Wolf (Mülten St. Niklas), Krause (Mülten St. Jakob), Albert (Mauchau) und Dr. Kirchner (Hildesheim) beantragen, auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages die Erörterung über die Lage der Weber zu setzen. Der Antrag wird dem Vorort zur Berücksichtigung überwiesen.

Greulich (Zürich) beantragt, die Frage der direkten Gesetzgebung durch das Volk auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages zu setzen. Wird ebenfalls dem Vorort zur Berücksichtigung überwiesen.

Man schreitet hierauf zur Wahl des Präsidenten des Vororts. Von 59 abgegebenen Stimmen erhält Bebel 57, er nimmt die Wahl dankend an. Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt durch Acclamation und werden ernannt: Bürger (Göppingen), Noß (Stuttgart), Eichelbödcher (Mannheim), Günzel (Speier), Sonnemann (Frankfurt a. M.), Stuttmann (Müßelsheim), Dr. Kirchner (Hildesheim), Heimann (Eoburg), Moteller (Grimmitzschau), Krause (Mülten St. Jakob), Bremer (Magdeburg), Bahlreich (Magen bei Dresden), Kobitsch (Dresden), Oberwinder (Wien), Löwenstein (Fürth).

Demmler (Schwerin) dankte im Namen der Versammlung Bebel für sein unparteiisches Präsidium, worauf letzterer in einer kurzen Schlußrede die Resultate der Verhandlungen als vollständig befriedigende bezeichnete, dem Lokal-Comité für die getroffenen Vorbereitungen und die Zeit- und Geldopfer, den städtischen Behörden für die Ueberlassung des schönen Rathhaussaales zu den Berathungen und den Einwohnern Nürnbergs für die gastliche Aufnahme und das rege Interesse, das sie durch zahlreiche Anwesenheit bei den Berathungen bekundet, danke und mit einem Hoch auf eine günstige Entwicklung der Arbeitersache den fünften Vereinstag deutscher Arbeitervereine Abends gegen 6 Uhr schloß.

Uebersicht der anwesenden Vertreter und der vertretenen Vereine.

Name des Vereins.	Ort.	Name der Vertreter.	Zahl der Mitglieder.
Arbeiter-Bildungs-Verein	Speyer	Günzel	180
	Stuttgart	Simater	250
Krankenf.-Arbeiterg.-Arbeiter-Verein	Dresden	Robigsch	95
	Formersdorf	Carl Hirsch	90
" "	Mannheim	Giehelsdorfer	219
		Bauval	
Arbeiter-Bildungs-Verein	Lunzenau	Wilh. Haer	84
	Leipzig	Christ. Hablisch	319
	Barel	Wohlgeschafft	32
Sozial-Reform-Verein	Magdeburg	A. Debel	90
Arbeiter-Bildungs-Verein	München	Feterabend	209
	Kalchingen	Stoß	45
Arbeiter-Verein	Schwabach	Selling	52
	Gannstadt	Schöberger	70
Arbeiter-Bildungs-Verein	Ulm	Dr. Pfeiffer	40
" "	Geislingen	G. F. Kraus	15
Arbeiter-Verein	Nürnberg	Pet. Staudinger	410
		Carl Rügner	
Volks-Verein	München	Seifinger	27
Arbeiter-Bildungs-Verein	Pforzheim	Albert Wittum	400
		Wilh. Stäßler	
Gauverband	Schleswig-Holstein	Christiansen	512
Arbeiter-Verein	Hannover	Engelting	668
" "	Einbeck		18
" "	Eldegsee		91
" "	Woslar		92
" "	Hameln	F. Lüttich	74
" "	Münden		90
" "	Dierode		49
" "	Peine		50
Vorschuss- u. Consumverein	Lugau	Martin Wolf	350
Arbeiter-Verein	Mülsen St. Jakob	C. A. Krause	60
Arbeiter-Bildungs-Verein	Großenhain	Jul. Bahsteich	50
Arbeiter-Verein	Coburg	Frdr. Heymann	68
Arbeiter-Bildungs-Verein	Reichenbach	Moritz Edscher	30
Weber-Verein	Hildesheim	Dr. Kirchner	210
Arbeiter-Consum-Verein	Nieder-Würschütz	Wegner	150

5189

Name des Vereins.	Ort.	Name der Vertreter.	Zahl der Mitglieder.
Arbeiter-Bildungs-Verein	Mülheim	Benedey	5189
" "	Pöthen	Räseberg	70
" "	Döbenburg	Bubenberger	120
Arbeiter-Verein	Gelle		122
" "	Harburg		160
" "	Lüchow	A. Meuter	40
" "	Lüneburg		148
" "	Nienburg		33
" "	Otterndorf		10
Arbeiter-Bildungs-Verein	Weißenburg	J. G. Stollberg	155
	Wiesfeld	D. Stehr	657
Arb.-Bild.-Ver. Vorwärts	Jever	Zeitler	39
Consum-Ver. Arbeiterkern	Glanzhau	Herm. Albert	102
Arbeiter-Bildungs-Verein	Rottweil	Bronnenmeyer	42
Arbeiter-Verein	Johannegeorgenstadt	Demmler	26
Volks-Verein	Ertmischau	Wilh. Stolle	210
Arbeiter-Fortbild.-Verein	Baselst	Frdr. Gutmann	100
Arbeiter-Vereine	Nichtenstein	Ludw. Lhurn	36
Spin- u. Webgenossensch.	Ertmischau	Motteler	65
Arbeiter-Bildungs-Verein	Genev	Siebert	60
Gauverband württembergischer Arbeiter-Ver.	eine bestehend aus 24 Vereinen	Carl Bürger	588
Arbeiter-Bildungs-Verein	Delsnik	Gegebauer	50
Arbeiter-Verein	Bernsdorf	Dr. Sy	40
Arbeiter-Bildungs-Verein	Queblinburg	Edert	120
	Aalen	Saal	100
Arbeiter-Verein	Sainten	Wolff Kröber	100
Arbeiter-Bildungs-Verein	Freiburg i. Br.	Moritz Müller	115
	Bibrich	Mauderer	60
Arbeiter-Verein	Lhurn	Sim. Hegewald	110
Arbeiter-Consum-Verein	Stangendorf	Fritz Hegewald	71
Arbeiter-Bildungs-Verein	Mülsen St. Michael	Conr. Hegewald	60
Arbeiter-Verein Zukunft	Kürth	Löwenstein	30
Assoziation	Mülsen St. Niklas	Dr. Landmann	115
Arbeiter-Bildungs-Verein	Ehrenfriedersdorf	Bernhard Hesse	35
" "	Kempten	Meyer	50
" "	Wöpplingen	J. Kuttner	130
" "	Calw	Schönhut	91
" "	Neutlingen	Bühler	70
Arbeiter-Verein	Kürth	Dr. Wolner	70
		Pfister	
" "	Weißenfels	R. Kraft	67
" "		C. Hill	90
Arbeiter-Bildungs-Verein	Nürnberg	Meyer	

9676

Name des Vereins.	Ort.	Name der Vertreter.	Zahl der Mitglieder.
Arbeiter-Bildungs-Verein	Lichtenstein-Callnb.	R. Böhm	9676
Spar- u. Consum-Verein	Niedermülsen	Ferd. Moninger	60
Consum- u. Vorschuß-Ver.	Delsnitz	Ad. Schreiber	35
Arbeiter-Verein	Stolberg	Andr. Pöpp	212
Arbeiter-Bildungs-Verein	Wiesbaden	Stuttmann	60
" "	Berbau	Mendel	()
Arbeiter-Verein	Dorf-Chemnitz	Liebtnecht	120
Arbeiter-Bildungs-Verein	Magdeburg	Minner	50
Verein Vorwärts	Gohlis	Eichhoff	300
Arbeiter-Bildungs-Verein	Rastede	Bauer	63
Arbeiter-Verein	Schönaue	Joseph Hesse	15
Arbeiter-Bildungs-Verein	Brake	Kreper	73
Marxen-Consum-Verein	Crimmitschau	Christ. Kapp	19
Arbeiter-Bildungs-Verein	Offenbach	Heilgenstädt	165
" "	Regensburg	Süß	75
Arbeiter-Verein	Esslingen	Borst	150
Arbeiter-Bildungs-Verein	Heppens	Lhorade	250
" "	Meerane	Schweichel	80
" "	Limburg	Dr. Degen	80
" "	Dresden	Gleditsch	60
Arbeiter-Verein	Augsburg	Bischoff	240
Arbeiter-Bildungs-Verein	Hall	Schwend	55
Arbeiter-Fortbild.-Verein	Freiberg	Germann	50
Arbeiter-Bildungs-Verein	Rödlitz-Hohndorf	Joh. Faag	80
Arbeiter-Verein	Frankenberg	Pilz	50
Bildungs-Ver. f. Arbeiter	Hamburg	Martens	60
Arbeiter-Verein	Chemnitz	Schulze	665
Arbeiter-Bildungs-Verein	Biberach	Starke	100
Handwerker-Verein	Burg	Sehner	90
Arbeiter-Bildungs-Verein	Frankfurt a. M.	Sulfrien	130
" "	Dsnabrück	Sonnemann	90
" "	Gera	Schelle	113
" "	"	Fortmeier	650

13,985

Als persönliche Teilnehmer waren anwesend: die Herren Krebs und Wenzel aus Berlin.

NB. In Bezug auf die Richtigkeit der Zahlen und die Berechtigung zur Vertretung verweisen wir auf die Bemerkungen zum Protokoll.